

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Werktag. Abonnementspreis frei Haus halbmöndlich 1.— Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 1.00 Reichsmark einschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreis für die neungespaltene Millimeterzeile 10 Reichspfennig, bei Werbellungs-, Vereins-, Arbeits- u. Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig. Reklamen die dreispaltene Millimeterzeile 50 Reichspfennig.

Nummer 199

Donnerstag, 25. August 1932

39. Jahrgang

Reichstagsneuwahl — Volksentscheid

Der letzte Ausweg der Reichsregierung?

Paris, 25. August (Radio)

Der „Petit Parisien“ will von einem Vertrauensmann aus der nächsten Umgebung des Reichskanzlers von Papen das

innenpolitische Programm der Reichsregierung

für die nächsten Monate erfahren haben. Nach dem Zusammentritt des Reichstags werde die Reichsregierung am 5. September ihre Regierungserklärung verlesen, der dann die allgemeine Aussprache folgen werde. Da man aber voraussetze, daß die Aussprache mit einem Mißtrauensvotum ende, werde sie vorzeitig abgebrochen und der Reichstag aufgelöst.

werden. Ende Oktober würden dann Neuwahlen stattfinden unter der Parole „Für einen arbeitsfähigen Reichstag“. Wenn auch der neue Reichstag, wie vorausgesehen wäre, wiederum arbeitsunfähig sein sollte, würde auch der kurz nach seinem Zusammentritt aufgelöst werden.

Dann aber würde Reichspräsident von Hindenburg eine allgemeine Volksabstimmung ausschreiben mit folgendem Programm: Das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre zu erhöhen und ein Oberhaus oder einen Senat einzurichten.

Der „Petit Parisien“ fügt hinzu, daß die Reichsregierung über dieses Programm vollkommen einig sei, nachdem jede Hoffnung auf eine Mitwirkung Hitlers an der Regierung ausgeschlossen sei.

Das Zentrum warnt

Berlin, 25. August (Radio)

Das Berliner Zentrumorgan, die Germania, nimmt am Donnerstag in einem „Der Weg der Verfassung“, überschriebenen Artikel eingehend zu den Gerüchten Stellung, wonach der neue Reichstag kurz nach seinem Zusammentritt, ohne daß man ihn zu irgendeiner Entscheidung kommen lasse wolle, wieder aufgelöst werde und diese Auflösung der Luftstakt sei zu einer Regierung ohne und gegen das Parlament.

„Wir sind“, so erklärt die Germania, „gewiß die letzten, die sich der Erkenntnis von der Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung verschließen. Wir erkennen insbesondere an, daß eine Änderung des Wahlrechtes und eine Lösung der preussischen Frage zu den wichtigsten Aufgaben dieser Reformarbeit gehören. Aber für alles, was auf diesen Gebieten zu geschehen hat und auch geschehen muß, gibt es, wenn man nicht noch größeren Schaden anrichten will, nur einen Weg, nämlich den der Verfassung.“ Die Mehrheit des deutschen Volkes sei dem Gedanken weitgehender Reformen keineswegs verschlossen. Sie verlange nur, daß sich alles auf verfassungsmäßigem Wege vollziehe. „Wir warnen deshalb auf das Nachdrücklichste davor, daß die Reichsregierung von den verfassungswidrigen Ausschüssen, die ihr mit einem überaus verdächtigen Eifer von ihren Freunden erteilt werden, irgendwelchen Gebrauch macht. Die Zentrumspartei und andere große Gruppen des Volkes würden jeden Versuch, zu einem in den Verfassungswidrigen „Umbau“ des Staates mit den schärfsten Mitteln bekämpft und vor keinem Weg zurückzusehen, der einer solchen schwerwiegenden Situation angemessen wäre.“

Süddeutschland warnt

Stuttgart, 24. August (Eig. Bericht)

In einem umfangreichen Spigenartikel erörtert das Landesorgan des württembergischen Zentrums die politische Lage und sagt zu den in den letzten Tagen bekannt gewordenen Plänen der Reichsregierung auf Abänderung der Reichsverfassung, insbesondere hinsichtlich der Reichsreform:

„Auf nichts könnte sich die Regierung bei dem Versuch, eine Verfassungsreform durchzuführen, stützen, als auf ihren diktatorischen Willen. Möge ein guter Genius sie und das deutsche Volk davor bewahren, daß sie einen solchen Weg beschreiten! Welche Rechtsverpflichtung könnte denn eine mit dem Artikel 48 dem deutschen Volk aufgezwungene Verfassung haben? Sieht die Regierung nicht, wie rasch eine gewisse Partei ihre ohnehin problematische Legalität aufgeben würde, wenn die von dem nationalsozialistischen „Revolution von oben“ eingeführte? ... Der Weg des Kabinetts wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht bloß zu

einer Ignorierung des Reichstages und seines Botums, sondern zur Auflösung des Parlamentes führen. Da eine Neuwahl unter dem gegenwärtigen Wahlrecht keine starke Änderung in den Mehrheitsverhältnissen bringen könnte, würde eine solche Neuwahl nicht mehr stattfinden. Vielleicht gibt es Kräfte, die auf dieses Ziel zusteuern, um dann dem Volke sagen zu können: „Ihr seht es, mit dem Reichstag ist nichts zu machen. Was bleibt uns anderes übrig, als ohne ihn zu regieren?“ ... Ohne Reichstag, ja gegen seinen ausdrücklichen Willen, wird sich die Regierung dann an die Ausführung ihrer Pläne begeben. Was ist zu erwarten? Die sehr tiefgreifende Änderung des Wahlrechtes, die so schwierige Neuordnung der Verhältnisse zwischen Reich und Ländern, die heftig umstrittene Schaffung eines Oberhauses. Und schließlich als das Schweregewicht die Frage der Staatsform überhaupt, die Wiedereinführung der Monarchie. Wäre es ein bloßes Gerücht, was darüber verlautet, würden wir diese Möglichkeit hier nicht nennen. Aber es handelt sich um mehr als ein bloßes Gerücht. Die Männer des aus langer Hand vorbereiteten Kabinetts haben sehr weitreichende Pläne. Sie fühlen sich auch sehr stark. Allein sie würden sich über die Wirkung der Parole: „Wiederaufrichtung der Monarchie“ wundern. Wer dem deutschen Volke jetzt statt Brot und Arbeit die Monarchie wiedergeben möchte, der spielt nicht nur mit dem Feuer, er legt Feuer an das Haus des deutschen Volkes. Die verantwortlichen Stellen seien darum aufs entschiedenste gewarnt, solche Gedanken zu erwägen!“

„Der Weg abseits der Verfassung ist leicht beschritten, aber niemand weiß, wohin er führt. Bald könnte er im Chaos enden, aus dem auch die Dajonette nicht mehr heraushelfen.“

Zentrum und Nazis

Angestillte Sehnsüchte

Besprechungen über die Möglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung in Preußen sind zwischen Zentrumsvorstreitern und Nationalsozialisten verschiedentlich anberaunt und wieder vertagt worden. So sollten solche Besprechungen am Dienstag erfolgen. Sie wurden aber abgesagt, da die Nazis die Sitzung ihres Fraktionsvorsitzenden als Sinderungsgrund vorschützten. Nach Mitteilungen aus Zentrumskreisen hofft man, die Verhandlungen am Ende der Woche wieder aufnehmen oder gar zum Abschluß bringen zu können. Inzwischen erfährt das B. T. aus Stuttgart, daß dort am Mittwoch eine Konferenz führender Zentrumsmänner, unter denen sich auch Brüning befand, sich mit der Regierungsfrage in Preußen und im Reich befaßte. Man rechnete auch mit dem Eintreffen Gregor Strassers, um direkte Fäden zu knüpfen. Ob die Atmosphäre hitlerischer Hysterie im Zusammenhang mit dem Beuthener Urteil überhaupt eine sachliche Fühlungnahme erlaubt, werden die Zentrumsführer bald merken. Ihre Presse läßt bisher wenig Neigung für solche Verhandlungen erkennen.

1000 Kinder am Grabe Briands

Paris, 25. August (Radio)

Unter der Führung des katholischen Jugendführers Marc Sangnier fand am Mittwoch eine Pilgerfahrt von etwa 1000 ausländischen Ferienkindern zum Grabe Briands statt. Die Kinder, die zum größten Teil aus Deutschland, Belgien und England stammten, legten Kränze am Grabe Briands nieder, deren Schleifen die Worte trugen: „Für den Frieden der Welt.“

Straßenkämpfe in Brasilien

London, 25. August (Radio)

In Rio de Janeiro sind im Anschluß an eine Antikriegsfundgebung scharfe Anruhen ausgebrochen. Bei den Kämpfen, in denen Truppen mit Maschinengewehren gegen die Demonstranten vorgingen, wurden mehrere Personen getötet und viele verletzt.

Zehn Jahre Zuchthaus für einen Zwanzigjährigen

Aber Freispruch am laufenden Band für Nazis

Das Berliner Sondergericht bei der Arbeit

Vom Berliner Sondergericht — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Toll — wurde am Mittwoch der zwanzigjährige Hausdiener Schmidke wegen Brandstiftungsbruches zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt; der Nazi Bidel, der sich nur wegen unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten hatte, freigesprochen. Gleichzeitig sprach das ordentliche Schöffengericht Berlin-Schöneberg drei Nationalsozialisten, die Reichsbannerleute überfallen haben, frei.

In der Nacht vom 15. August gegen 1 Uhr erfolgte in der Proskauer Straße in Berlin N. ein Leberfall von Kommunisten auf Nationalsozialisten. Die kommunistischen Angreifer gaben mehrere Schüsse ab; niemand wurde verletzt. Nach Angabe der Schüsse waren die Angreifer geflüchtet. Mehrere der Nationalsozialisten wollen den einen der Schützen erkannt und durch mehrere Straßen hindurch verfolgt haben. Dem Leberfallkommando gegenüber bezeichneten sie dann

den 20jährigen Hausdiener Paul Schmidke

als Täter. Schmidke bestritt vom Augenblick der Verhaftung an jede Schuld. Da sich jeder Teilnehmer an einer Zusammenrottung nach der Rechtssprechung der Sondergerichte als schuldig fühlen muß, ergab es sich, daß sich für Schmidke keinerlei Entlastungszeugen fanden, während gegen ihn nur Nationalsozialisten auftraten.

Der Angeklagte Schmidke erklärte vor Gericht: „Ich kam am 14. August von der Rigauer Straße und hörte in der Proskauer Straße Schüsse fallen. Darauf wollte ich zur Polizei gehen. Aber die Nationalsozialisten waren mir auch schon auf den Fersen, und ich trat in einen Hausflur. Als dann zu dem Zusammenstoß in der Proskauer Straße die Schutzpolizei kam, ging ich hinzu; hierbei wurde ich verhaftet.“

Vorf.: „Haben Sie eine Schußwaffe besessen?“

Schmidke: „Nein.“

Vorf.: „Gehören Sie einer politischen Partei an?“

Schmidke: „Keiner. Aber mit den Nationalsozialisten kann ich natürlich nicht sympathisieren, weil sie einen Meineid leisten wollen, daß ich in der Proskauer Straße dabei war und geschossen habe. Früher war ich auch in nationalsozialistischen Versammlungen, später aber nur bei den Sozialdemokraten, der KPD, der Roten Hilfe usw.“

GL-Mann Bidel

Der Angeklagte Bidel erklärte, daß er zur GL gekommen sei, weil er durch sie Arbeit erhalten habe. Auch er bestritt gleichfalls, bei dem Zusammenstoß in der Proskauer Straße beigegeben zu sein. Erst als die Polizei bereits am Orte der Zusammenrottung eingetroffen wäre und Waffendurchsuchungen vorgenommen hätte, sei er hinzugekommen. Er wäre das Opfer einer Denunziation; wahrscheinlich handle es sich bei dieser Denunziation um einen Racheakt. Eine Waffe, die später in einer Garageneinfahrt entdeckt wurde, stamme nicht von ihm.

Die nationalsozialistischen Zeugen erklärten, daß bei Schmidke trotz der nächtlichen Dunkelheit eine Personenverwechslung nicht in Frage käme. Aber darüber, wo Schmidke eigentlich geschossen hat, waren sie sich ebensowenig einig wie über andere Einzelheiten. Nur dies war ihre feste Überzeugung: Schmidke hat geschossen — obgleich ihr (22jähriger) Sturmführer feierlich erklärte:

„Als die Kommunisten nochmals herankamen, kommandierte ich: GL, Pistolen raus! Feuer!“

Außerordentlich freundlich sagten hingegen die nationalsozialistischen Zeugen für ihren Parteigenossen Bidel aus, der überhaupt keine Waffe besaß und bei dem natürlich eine Verwechslung möglich wäre, sofern er nicht das Opfer einer falschen Denunziation sein sollte. Insofern belastete der unbeteiligte Zeuge Krause Bidel aufs schwerste.

Staatsanwalt Wagner beantragte gegen Schmidke zehn Jahre Zuchthaus; gegen Bidel wegen unbefugten Waffenbesitzes neun Monate Gefängnis. Beide Angeklagte seien durchaus überführt. Der Staatsanwalt fuhr fort:

„Das Gefühl für Recht und Moral

ist in außerordentlich bedenklichem Maße abgestumpft, und die

Alarm im Reichswirtschaftsministerium

Die Vernunft muß weichen

Der Unsinn siegt

In der deutschen Wirtschaftspolitik stehen alle Zeichen gegenwärtig auf Gefahr. Willkürlich wird das, was Deutschland vom Kabinett Papen wirtschaftspolitisch zu erwarten hat und was von Papen charakteristischweise auf einer landwirtschaftlichen Tagung in Münster am kommenden Sonntag der Öffentlichkeit mitteilen will, durch die Nachricht beleuchtet, daß Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Mit Trendelenburg soll gleichzeitig Dr. Josten, der die Kartellstelle im Reichswirtschaftsministerium inne hat und

scheidenden Arbeiten im Reichskabinett überhaupt nicht mehr herangezogen worden sein. Warmbold soll, durch seine frühere Tätigkeit mit der Landwirtschaft eng verbunden, und wahrscheinlich auch durch die Stoffstoffinteressen von J. G. Farben nicht zu größerem Widerstande ermuntert, gegenüber den wirtschaftspolitischen Absichten der Reichsregierung keinen Widerstand geleistet haben. Eine weitere Gefährdung des deutschen Industrieexports ist wahrscheinlich, nachdem die Verhandlungen weder mit Holland noch mit Dänemark noch mit Belgien zu einem Ergebnis geführt haben. Es sieht aber auch so aus, als ob die Reichsregierung nicht nur den jüngerlichen Wünschen neue Zugeständnisse machen wolle, sondern auch



Es weicht

Trendelenburg

die Angelegenheiten der Montanindustrie bearbeitet, aus dem Amte scheiden und noch wichtiger, auch Ministerialdirektor Dr. Posse, der verantwortliche Mann für die bisherige deutsche Handelspolitik, soll sein Amt verlassen wollen. Auf der anderen Seite hat man nichts davon gehört, daß der jetzige Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold diese führenden Beamten der bisherigen deutschen Wirtschaftspolitik im Amte halten konnte oder halten wollte.

Damit steht man vor der Wahrscheinlichkeit, daß dieser Personalwechsel einem offenbar von der Reichsregierung gewollten Systemwechsel in der Wirtschaftspolitik entspricht. Man erwartet, daß Papen auf der genannten agrarischen Tagung die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zur wichtigsten Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik erklären und damit die Autarkiebestrebungen, gegen die alle Vernünftigen und die Wissenschaft kämpfen, und die eben Reichspräsident Dr. Luther noch aufs schärfste abgelehnt hat, noch stärker fördern wird als bisher. Trendelenburg soll zu den letzten ent-



Es kommt

Schwarzkopf

denen der Schwerindustrie. Darauf deutet der Rücktritt von Dr. Josten, des Leiters der Kartellstelle, hin.

Bei den von ihrem Amt zurücktretenden Beamten handelt es sich um Männer, die ganz zweifellos nicht zurücktreten würden, wenn sie nicht lebenswichtige deutsche Wirtschaftsinteressen für schwer gefährdet halten würden. Darum sind die Personenveränderungen im Reichswirtschaftsministerium als ein Signal anzusehen, das die ganze deutsche Öffentlichkeit alarmieren muß. Deutschland steht vor den allerhöchsten wirtschaftspolitischen Gefahren, wenn eine Politik gemacht wird, wie sie nach dem Rücktritt dieser Männer erwartet werden muß. Es dürfen hier keine vollenbetsen Tatsachen geschaffen werden. Wir verlangen von der Reichsregierung sofortige authentische Erklärungen darüber, was sie will. Die Reichsregierung ist nicht berechtigt, grundlegende neue Tatsachen zu schaffen, ohne den Reichstag zu befragen.

Als Nachfolger von Staatssekretär Trendelenburg wird der Direktor der Landesbank für Hessen, Nassau und Kurhessen-Saar, Dr. Schwarzkopf, in Kassel genannt, der im alten System der persönliche Referent Dr. Helfferichs war und offenbar der Jugenberg-Richtung angehört. Auch das ist Alarm genug!

General Sanjurjo vor Gericht

Neuer Monarchistenputsch im Norden?

Madrid, 25. August (Radio)

In dem Prozeß gegen den ausständigen General Sanjurjo und seine Helfer, der am Mittwoch begann, führte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer aus, daß es sich um ein politisches Verbrechen der militärischen Rebellion im Sinne der einschlägigen Paragrafen des Militärstrafgesetzes handele und das Gesetz keine für dieses Verbrechen festgesetzte Strafe habe. Der General Sanjurjo behauptete, einer der Gründe, die ihn zur Ausführung seines Planes bewogen hätten, seien fortgesetzte Verleumdungen des Heeres gewesen. Von der Vorbereitung einer Revolutionärbewegung in Madrid habe er nur zufällig (!) Kenntnis erhalten.

In monarchistischen Kreisen wird allem Anschein nach ein neuer Aufstand vorbereitet. In den Nordprovinzen wird nach Meldungen der Linkspresse offen zum Bürgerkrieg gehetzt. Es sei schon alles vorbereitet und man warte nur darauf, daß der General Martinez Anido die Grenze überschreite. In einem von den Monarchisten unter den Offizieren der Armee verbreiteten Aufruf heißt es, daß sich alle für die unmittelbar bevorstehende entscheidende Aufstandsbewegung bereithalten sollen.

Zwei Urteile - Ein Gericht

Stuttgart, 24. August (Eig. Bericht)

In Ulm wurde im Juli dieses Jahres der 56jährige sozialdemokratische Stadtrat und Redakteur der „Donau-Wacht“, Gehring, von einem SS-Mann und mehreren SA-Leuten angerepelt, unter größtmöglicher Beschimpfung eine Straße entlang verfolgt, mit schweren Stiefeln in den Oberschenkel getreten, ins Gesicht und an den Hinterkopf geschlagen und wiederholt schwer mißhandelt. Täter war der SS-Mann Moeder, früherer Reichsmehrwachtmelder und Versorgungsanwärter. Das Amtsgericht Ulm fällte seine Straftaten mit einem Strafbefehl auf Zahlung von — 25 Mark!

Am gleichen Tage gab es in einer anderen Ulmer Stadtgegend einen Zusammenstoß zwischen Reichsbannerangehörigen und dem SA-Mann Braig. Dabei hatte der 63jährige Reichsbannermann Kroll dem Braig einen Hieb mit dem Stock versetzt. Kroll behauptete, Braig habe ihm vorher einen Stoß gegen die Brust gegeben, was Braig aber bestritt. Kroll wurde wegen des Stockhiebes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und gleich in Haft gehalten. Auch ein Zeuge namens Roth wurde wegen des Verdachts, Braig an dem gleichen Abend auch einmal geschlagen zu haben, sofort in Haft genommen.

Man vergleiche diese Urteile des gleichen Amtsgerichts und man wird einen Begriff davon erhalten, was gewisse Juristen für „Gerechtigkeit“ halten!

übrigen Urteile der Gerichte haben es nicht vermocht, diesem Gefühl wieder zum Siege zu verhelfen. Der Staat befindet sich in einer Notlage.“ — Der Verteidiger Schmidke, der aus dem Felsen-Drösch ausgehobene Rechtsanwalt Litten, beantragte den Freispruch seines Mandanten. Er erklärte, die SA-Leute hätten Gespenster gesehen oder sich verabredet, einen Fall zu belassen. Es sei fast gerichtsündig, daß SA-Leute gegebenenfalls vor Gericht falsche Aussagen machen. Im übrigen sei die Beweisaufnahme mangelhaft: das Gericht hätte unbedingt nähere Feststellungen darüber treffen müssen, wer von den Nazis bewaffnet war.

Nachmittags um vier Uhr verkündete Landgerichtsdirektor Doll das Urteil. Schmidke wurde ohnmächtig; seine Mutter erlitt einen Weinkrampf; immer wieder rief sie:

„Mein Sohn ist unschuldig! Er hat gar keine Waffe! Ich sah mich vom Zug überfahren...!“

In der Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht keinen Zweifel daran habe, daß die Nationalsozialisten die Wahrheit bekunden hätten. In dem einen Punkt seien die Aussagen jedenfalls nicht verschieden: Schmidke hat geschossen. Bei Dittel sei infolge einer Personenverwechslung möglich.

Gleichzeitig . . .

Gleichzeitig verhandelte das Schöffengericht Berlin-Schöneberg zum zweitenmal gegen drei Nationalsozialisten, die am Abend des 6. März in der Nähe des Halleschen Tors Mitglieder des Reichsbanners und der Arbeiterjugend überfallen und mißhandelt hatten. Die Aussagen der Belastungszeugen waren eindeutig und glaubhaft; in diesem Sinne lauteten auch die Ausführungen des Staatsanwalts, der gegen zwei der Angeklagten drei Monate Gefängnis, im dritten Falle Freispruch beantragte. Als die Beweisaufnahme bereits zu Ende war, erschienen, hakenkreuzgeschmückt, der Verteidiger der Angeklagten. Er hielt folgendes klassisches Plädoyer:

„Meine Herren! Ich weiß zwar nicht, was vorgefallen ist; aber soviel steht fest, daß die Angeklagten keinen bösen Willen hatten

und daß die Angeklagten getan haben, was ein deutscher Mann immer tut! Sie haben als Kerle dagestanden.“ Das Gericht schien der gleichen Meinung zu sein; es sprach die „Kerle“ frei. Landgerichtsdirektor Siegel meinte, daß zwar der Verdacht bestünde, daß die Nazis angefangen hätten, da sie in der Ueberzahl gewesen seien — aber die Schuld der Angeklagten sei deshalb nicht erwiesen, weil ihre Belastungszeugen einer gegnerischen Partei angehört und deshalb nicht unparteiisch seien.

*

Das ist die deutsche Gerichtsbarkeit 1932: wenn Nazis belasten, besteht keine Veranlassung, an ihrer Glaubwürdigkeit zu zweifeln; Zeugen von links jedoch sind „parteiisch“: wen sie belasten, der wird freigesprochen. Ego.

„Angriff“ verboten

Berlin, 25. August (Radio)

Wie der Berliner Polizeipräsident mitteilt, ist das nationalsozialistische Organ „Angriff“ wegen Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung des Reichstags in der Mittwoch-Nummer und wegen Anreizung zum Ungehorsam und zur Auflehnung gegen die Staatsgewalt in den beiden letzten Nummern mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 31. August d. J. verboten worden.

Bandenherrschaft in Oberschlesien

Von Staatsautorität keine Rede mehr / Das Bürgertum verängstigt / SA. macht, was sie will

Beuthen, 24. August (Eig. Bericht)

Im Verlauf des Mittwochs boten die Nationalsozialisten alles auf, um neue Unruhe unter der Bevölkerung hervorzurufen, was ihnen auch zum Teil gelang. Bereits in den frühen Morgenstunden durchzogen starke uniformierte SA-Trupps die Straßen. Beim Eintreffen des Hauptmanns Köhler, der im Auftrage Hitlers die Verurteilten besuchte, demonstrierten sie vor dem Hauptbahnhof, später mehrere hundert Personen stark

vor dem Gerichtsgebäude, wo Köhler in Anwesenheit der Polizei eine Ansprache hielt, in der er erklärte, daß das Urteil nicht vollstreckt würde.

In den Mittagsstunden wurde es in den Straßen der Stadt etwas ruhiger. In den Abendstunden brachten die Nationalsozialisten durch ein Extrablatt die ihnen verordnete Absicht, sämtliche Verurteilten im Laufe der Nacht nach dem Groß-Streifer Jugendhaus zu bringen, unter neuen Gewaltandrohungen zur Kenntnis. Mittels Lastautos, durch Motorräder und Radfahrerkolonnen zogen sie auf die Nachricht hin die SA in Beuthen zusammen. Unter diesen Banden befinden sich immer mehr Trupps aus Nieder-Schlesien. Die fortgesetzten Unruhen in Beuthen haben das Wirtschaftsleben der Stadt bereits schwer geschädigt. Besonders klagt die gesamte Kaufmannschaft, daß die Geschäfte völlig zum Erliegen kommen. Zahlreiche Käufer aus dem benachbarten Oberschlesien blieben völlig aus. Wie wir erfahren, sind von Handel und Gewerbe Schritte bei der Regierung geplant, wobei die baldige Wiederherstellung der Ruhe gefordert werden soll. In Gleiwiß kam es im Verlauf des Mittwochs ebenfalls zu öffentlichen Demonstrationen der zusammengezogenen SA. In den Mittagsstunden besetzten sie die Bürgerneige und bildeten dort ein regelrechtes Spalier. Später wurden sie bei der Abfahrt Köhlers und des Anwalts Euegebrune am Bahnhof zusammengezogen. Hier demonstrierten sie regelrecht, marschierten dann in geschlossenen Trupps durch die Hauptstraßen in das Zentrum der Stadt.

Die Bevölkerung, die in überwiegender Mehrheit nicht nationalsozialistisch ist, fühlt sich durch die immer mehr zurückgebrachte Staatsautorität und den nachfolgenden Terror der SA. außerordentlich beunruhigt und fürchtet das Schlimmste, wenn nicht bald gegenzügelnd der SA-Handen durchgegriffen wird.

Die auf Beunruhigung hinzielenden Aktionen werden offensichtlich planmäßig organisiert und von Gemeindeführern geleitet.

Hitlers „Kameraden“

In dem Telegramm Adolf Hitlers an die Beuthener Verurteilten schreibt die sozialdemokratische Parteizeitung Oberschlesiens heute folgendes: „Hitler spricht in einem Telegramm an die in Beuthen wegen Mord Verurteilten diese an: „Meine Kameraden“.

Schöne Kameraden sind das. So der wegen Anstiftung zum Mord und wegen dabei begünstigter gemeiner Gesinnung zum Tode und lebenslänglicher Verbannung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte Lachmann. Dieser Kamerad Hillers war noch vor zwei Jahren Kommunist, vor einem Jahr schrieb er sich an der Spitze einer Zentrums-Mitgliederliste ein und wurde dann vor einigen Monaten Nazi-Jünger. Er ist der Justiz kein unbeschriebenes Blatt. In seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher hat er sein Amt wiederholt mißbraucht und war der typische Dorfstrann. Selbst sein Verteidiger Euegebrune mußte zugeben, daß er den Alkohol liebte und im Suff wilde Reden führte. Dies nicht nur, er war auch ein unständiges Raubbein. Der Raubhandel gehörte zu seiner zweiten Natur. Wenn er gut gelaunt war, schloß er zur Abwechslung mit seinen kommunistischen Nachbarn Freundschaft und soß mit ihnen.

So hatte er noch tags vor der Mordtat mit dem Ermordeten Pietzuch zusammen gezecht.

Ein feiner Kamerad für Hitler! Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß der große Adolf ihn für sich reklamiert. Ein zweiter feiner „Kamerad“ Hillers ist der Verurteilte Gräpner, den auch die Nazipresse während des Prozesses als eine besondere Perle in der Hillerskrona würdigte. Gräpner ist der Typus eines Landstrolches. Er hatte an dem Soldaten im Kriege nicht genug, ebensowenig an den überschleissigen Abstimmungskämpfen. Auf welcher Seite er während dieser stand, ist in den Verhandlungen nicht bekannt geworden. Als es in Oberschlesien mit der täglichen Schießerei aus war, ging er zum Erbfeind und wurde

französischer Fremdenlegionär!

Dort beging er nach einigen Jahren eine Straftat und wurde abgeköpft. Heute ist er wieder Soldat bei Hillers und führte die SA-Kolonnen nach Potempa. Wer Gelegenheit hatte, im Beuthener Schwurgerichtssaal das Benehmen aller Angeklagten zu beobachten, konnte über deren Gefährlichkeit nur entsetzt sein. Sie sind aber jetzt durch die Kameradschaftserklärung Hitlers rehabilitiert. Es gibt noch rohere Burschen in Deutschland, als die Potempener Mörder!“

Angriff auf das Volkshaus

Beuthen, 25. August (Radio)

In den Abendstunden des Mittwochs kam es erneut zu starken nationalsozialistischen Zusammenrottungen vor dem Landgerichtsgebäude. Es zogen starke Trupps um das Gebäude und forderten die Freilassung der Verurteilten. Die Polizei zerstreute die Zusammenrottungen und räumte die Beuthener Hauptstraßen mit dem Gewandhügel. Nationalsozialisten hatten während der Zusammenrottungen in den Straßen mehrere Schaufensterwände zerstört. Eine starke Gruppe drang zum Volkshaus vor, wo sie die Türen einstürzte und 16 Fenstersteine einwarf.

Auf Besuch in Moskau

In der Wiener Arbeiterzeitung schildert eine junge Österreicherin, die kürzlich nach Russland fuhr, ihre ersten Eindrücke von dort. Sie steht mit klaren Augen die Russin ein ganzes Kerl und lenkt ihren Wagen mit weit größerer Geschwindigkeit als ich das bei uns wohnt bin.

Bei meinem Aufenthalt in Moskau habe ich mich zuerst und vor allem für die Arbeitsbedingungen der Frauen interessiert. Schon in der Straßenbahn ist es mir aufgefallen, daß es fast nur Schaffnerinnen gibt. Aber auch die Fahrerinnen sind Frauen. Dabei bot sich mir oft ein recht ungewöhnliches Bild. Schaffnerin und Motorführerin tragen meist ein Kopftuch, ein leichtes Kleid und eine an Hausschuhe gemahnende Fußbekleidung. Für den ersten Augenblick komisch. Aber warum eigentlich? Wir sind nur so an die Uniform gewöhnt. Trotz dieser bequemen Abjüftung ist die Russin ein ganzes Kerl und lenkt ihren Wagen mit weit größerer Geschwindigkeit als ich das bei uns wohnt bin.

In den Straßen überrascht mich weibliche Miliz, die den Verkehr regelt. In der Bahn, im Autobus, überall Frauen als Konduktoren. Es wurde mir von den verschiedensten Seiten berichtet, daß die Frau jede Möglichkeit zur Arbeit hat und genau so lernen kann wie der Mann. Die Bezahlung richtet sich nach der Leistung und nicht nach dem Geschlecht.

Bei allem Fortschritt in der Frauenbefreiung ist es doch ein merkwürdiges Bild, die Russin so selbstverständlich gleichberechtigt zu sehen. Sie ist aber auch anders als die Frauen bei uns. Sie nimmt wie der Mann an den sogenannten Produktionsberatungen in den Fabriken teil, sie diskutiert mit und versteht etwas. Das konnte ich mit eigenen Augen sehen und hören. In der Fabrik, in der mein Lebensgefährte beschäftigt ist — die große Werkzeugfabrik Stankostroi in Moskau — wird, wie das überhaupt üblich ist, eine Exkursion veranstaltet. Die Kosten zahlt der Betrieb und die Gewerkschaft. Dampferfahrt, Landung in einem kleinen Dorf. Ein Auto aus der Stadt bringt das Mittagessen. Einfach, aber ausreichend. Dann kommt der Fabrikdirektor. Ein neuer Mann, der sich vorstellt. Wir sind ausländische und russische Arbeiter bunt durcheinander; für uns Deutsche übersezt ein Dolmetsch. Der Direktor erzählt, was er alles im Ausland gelernt hat. Und schon ist man mitten in einer technischen Diskussion, in einer Produktionsberatung. Vier, fünf Frauen sind mit heißen Köpfen dabei: es waren Russinnen. Die Frauen der Ausländer, auch wenn sie arbeiten, sind noch nicht so weit. Die russische Frau ist erfasst von dem allgemeinen Interesse an der Steigerung der Produktion: „Nur so kann's besser werden!“

Andererseits ist es überraschend, zu sehen, daß Frauen auch militärisch ausgebildet werden. Sie lernen manche Dinge zu Lande, zu Wasser und in der Luft, um in der Stunde der Gefahr nicht hilflos zu sein.

Und nun etwas, was nicht vergessen werden soll, etwas, das für die Entwicklung der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist: Die Russin, der alle Berufsmöglichkeiten offenstehen, vergißt doch nicht an ihre Funktion als Mutter.

Hören wir nicht immer, wenn der Zwang zur Geburt aufhört, würde die moderne Frau nicht mehr gebären wollen? Geht nach Russland! Ich habe nirgends so viele schwangere Frauen und junge Mütter gesehen als in dem Lande, das keinen Paragraphen 144 kennt!

Warum das bei uns nicht ist? Unter den heutigen Verhältnissen ist bei uns das Kind eben ein unerschwinglicher Luxus! Und dann hat bei uns die Masse der Menschen nicht jenen Zukunftsglauben, der alle Entbehrungen und Beschwerden der Gegenwart erträglich macht. Den hat die Russin. Sie hofft, Sie fühlt sich als Glied einer Bewegung, die für die Zukunft kämpft. Die werktätigen Frauen haben vor und nach der Geburt zwei Monate bezahlten Urlaub; in dem Hause in Moskau, in dem ich wohnte, war eine solche Mutter.

Man liest oft in den bürgerlichen Zeitungen Schreckliches über die russischen Ehegesetze. Sie sind wirklich von Grund auf

anders als bei uns. Das Zusammenleben zweier Menschen und der gemeinsame Haushalt wird in Russland der Ehe gleichgestellt. Ist die Ehe registriert — das geschieht ohne Zeremonie und kostet zwei Rubel — so ist sie rechtsgültig. Beide Ehepartner haben gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Als Familienname kann je nach Uebereinkommen der Name der Frau oder der des Mannes gewählt werden oder es können beide ihre Namen beibehalten. Kommen Kinder, so wird der Name nach freiem Uebereinkommen gewählt. Die Eltern haben den Kindern gegenüber die gleiche Verpflichtung, beide müssen zur Erhaltung beitragen. Bei der Eheschließung übernimmt die Frau nicht automatisch die Zuständigkeit des Mannes, sondern behält ihre eigene weiter. Fast so leicht wie die Eheschließung ist die Scheidung. Für die Kinder aber, die aus einer Ehe hervorgegangen sind, müssen beide Eltern, auch wenn sie getrennt leben, sorgen.

Nur-Hausfrau sein, ist in der Sowjetunion keine allzu dankbare Aufgabe. Erstens ist die Hausarbeit schwerer und primitiver, es fehlen ja alle, oder so gut wie alle, Hilfsmittel. Dann sind die Wohnungsverhältnisse bei weitem ungünstiger als bei uns. Drei, vier russische Arbeiterfamilien haben nur eine Küche, die Lebensmittelbeschaffung ist besonders in der letzten Zeit sehr schwierig. Das „Magazin“, unserer Konsumvereinsfiliale gleich, hat für alles zu sorgen, kann aber oft nur wenig beistellen. Sehr viele russische Arbeiterfamilien nehmen ihre Hauptnahrung in der Gemeinschaftsküche der Fabrik ein, was die Haushaltsführung wesentlich erleichtert.

Hier ist ein Wort zu sagen, wie ganz anders die ausländischen Hausfrauen, die Frauen der deutschen oder österreichischen

Arbeiter, die in Russland leben, über diese Frage denken. Ob zwar es ihnen in der Lebensmittelversorgung weitaus besser geht, denn sie bekommen, wenn auch in beschränkter Quantität, so gut wie alles, sind sie viel unzufriedener. Erstens haben sie keine Vergleichsobjekte; in ihrer Heimat ist eben die Verpflegung eine bessere. Und zweitens fehlt ihnen die russische Betrachtungsweise.

Besonders nachahmenswert finde ich folgende Einführung: Die Betriebsarbeiter verbringen ein bis zwei ihrer freien Tage — Sonntage gibt es ja bekanntlich keine — in den Kolchofen, in den landwirtschaftlichen Großbetrieben und helfen dort den Landarbeitern. Da tun auch Ausländer mit. Ich bin einmal mit dabei gewesen. Damals hieß es Erdbeeren brocken. Nicht Walderdbeeren, sondern schöne, große Ananaserdbeeren. Wir haben Arbeit mitbekommen, und jeder hat, wenn auch mancher recht ungeschickt, so rasch als möglich abgezapft. Aber es gibt auch Unkrautjätern, Werkzeuge herrichten, bei allem wird Hand angelegt. Wie wichtig diese Annäherung zwischen Großstadt und Dorf!

Ich möchte noch ein paar Worte über die Mode sagen. Die gibt es nämlich in Russland überhaupt nicht. Jeder zieht das an, was er hat. Im allgemeinen ist der Geschmack auch nicht persönlich gefärbt. Fast die Hälfte aller Frauen, denen ich begegnet bin, trugen gleiche Sommerkleidung, zum mindesten die Nachart war die gleiche.

So ernst, interessiert und sachlich leidenschaftlich die Russin auch sein kann, so kindlich heiter, lustig, singfroh und tanzfreudig ist sie dabei. Hört sie auch nur von weitem den Klang einer Ziehharmonika, so ist sie auch schon nicht mehr zu halten. Da wird getarzt, mag die Straße auch noch so staubig sein. Auf unserem Dampferausflug nimmt ein Genosse die unentbehrliche Ziehharmonika her, ein anderer singt langsam ein Lied vor und alle singen mit, aufmerksam, wie in der Schule. Man kann nicht genug Lieder lernen!

Stephanie Senelotter.

Die Frauen im belgischen Bergarbeiterstreik

Von Denise Durand

Der belgische Bergarbeiterstreik geht weiter. Die Männer des Borinage kommen nicht zur Ruhe. Dieser Kampf, bemerkenswert durch die Schnelligkeit, mit der er sich zu Beginn ausgebreitet hat, auf andere Gebiete, andere Arbeitszweige Übergriffungen ist, wird besonders gekennzeichnet durch die Mitwirkung der Frauen.

Diese prächtigen Frauen des Borinage spielen eine heldenhafte Rolle, eine, die in diesem großen Massendrama nicht die unwichtigste ist.

Muß ich erst daran erinnern, daß die Mütter, die Hausfrauen in den Bergwerksdörfern die ersten sind, die unter der Krise, unter den kargen Löhnen, der Arbeitslosigkeit leiden? Sie sind es ja, die ihr kleines Wöllchen ernähren müssen! So ist es zu verstehen, daß auch sie sich erhoben haben, um ihren Männern und Brüdern im Kampf Genossinnen zu sein.

Die Erhebung der Frauen hat in Cuesmes, in Frameries, in Plénu begonnen, hat sich über den ganzen Distrikt im Tempo der Begeisterung verbreitet. Sie haben sich nicht um die gewerkschaftlichen Forderungen gekümmert, nicht um die Diskussionen, die Versammlungen. Sie mußten nur eines: Wenn es zum Streik kommt, dann ist es unsere Aufgabe, zu verhindern, daß Streikbrecher den Anseren in den Rücken fallen.

Und so sind sie Streikposten gestanden. Sie hofften, ihnen gegenüber würden die Gendarmen weniger brutal sein, die Männer könnten allzuleicht wegen Aufreizung in den Rottor kommen! Wir haben Frauen gesehen, mit unseren eigenen Augen gesehen, die nachtslang vor den Schachteingängen standen, um den Gelben das Einschauen unmöglich zu machen.

Ist es aber so einem Schuft doch gelungen, unter Tag zu kommen, und war er dann vielleicht sogar längere Zeit unten eingeschlossen, dann erwartete ihn im Tageslicht erst recht die Schande. Trotz allen Rordons der Gendarmen haben die Frauen

diese Gelben bis vor ihr Haus begleitet und diese Heimkehr zu einem sozialen Schandmal gestaltet. Der Verräter seiner Brüder hat es zu hören bekommen!

Und dann haben wir Frauen, die die Männer bei irgendeiner kleinen Versammlung einen ganzen Tag zurückhielten. Sie sollten nicht weg, sie durften nicht weg. Diese Sanktion hatte Erfolg. Kein Arbeiter, kein Hilfsarbeiter, kein Steiger, kein Aufseher wollte mehr einschauen und sich der allgemeinen Verachtung aussetzen! Selbst dann nicht, wenn sie den Befehl erhielten, die Grubenerhaltungsarbeiten vorzunehmen. Erster Erfolg: die Grubenherrn mußten sich an die Gewerkschaften wenden, damit diese die Männer für die Erhaltungsarbeiten bestimmen!

Unvergesslicher Eindruck auch die spontanen Massenzusammenkünfte, die Riesensammlungen, an denen alle Bergarbeiterfrauen teilnahmen. In mehr als einem Dorf hat man, solange Menschengedanken reicht, nicht so viele Frauen beisammen gesehen.

Schwarze Fahnen, schaurige Symbole der Not, Standarten, die nach Brot für Mann und Kind riefen, wurden in den Straßen getragen. „Nieder mit der Krise! Frauenwille ist Gotteswille! Lieber in den Tod als den Hunger unserer Kinder!“

Besonders eindrucksvoll waren diese Augenblicksundgebungen in der Bergarbeiterstadt Mons. Nicht nur die Geschlossenheit der Züge, nicht nur die Entschlossenheit der Parolen, es war der Geist, die Haltung, ein unvergleichliches Etwas von Rebellion. Und die Menge attackierte die Demonstranten. Fürmische Zurufe und Begrüßungen, Verbrüderungsgrüßen, die keiner vergißt.

In jenen Stunden haben wir es alle gespürt: Der Klassenkampf wird messerscharf.

Und die Frauen des Borinage selbst? Fragst du sie, so antworten sie: Wir haben doch nur unsere Parteipflicht getan!

Hermann Horn:

Die Dämonen und das blaue Band

Copyright 1927 by Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin

47. Fortsetzung

Gegen Abend, als er schlief, um sich von der durchwachten Nacht zu erholen, weckte man ihn, wie befohlen, wegen einer Newyorker Depesche.

Katharina teilte kurz mit: Gestern nacht starb plötzlich ein guter, armer Vater.

Also gab es da drüben auf einmal ein Schicksal, das lauter und deutlicher sprach als die Trompeten, die jetzt „Ankündigung“ zum Diner“ bliesen.

Dun war sie plötzlich mutterseelenallein in der ungeheuren Wüste von Steinen und Asphalt und wußte nicht mehr, wozu sie in der Küche saß und Hütten und Kleider machte.

Er sah sie sitzen und das schwarze Trauerkleid machen. Dann würde sie weinen, das Taschentuch vor dem Gesicht, wenn sie den Vater hinausstrügte. Schon einmal hatte er sie so gesehen. Da hatte sie bei dem sterbenden Kinde der Nachbarn Frau gelehrt. Ueber ihrem Gesicht hatte eine Blässe gelegen, die es veredelt und verklärt hatte, wie der Abendhimmel die Landschaft.

Ach, er liebte sie. Und nun gehörte sie noch mehr ihm. Sie hatte bloß gelebt und gearbeitet, um für andere zu sorgen. Sie war besser als er — es war eine unaussprechliche Gnade des Geschicks, wenn sie sich zu ihm niederbeugte — ihn liebte und in den Kreis ihrer Pflichten und Sorgen aufnahm. Ach, es löste sich in ihm etwas, und das beglückende, das strömte in seine Augen, erweiterte sein Gesicht, füllte es aus und machte es schwerer und freier zugleich.

Er lächelte wieder, wenn er dachte, wie er, die Hände in den Hosentaschen, vor ihr auf und ab marschiert war, lede und

zynische Bemerkungen gemacht, und sie dazu gelächelt hatte, weil sie wohl gefühlt, daß er ihretwegen so schwächte.

Ich bitte dich, mir zu verzeihen, wie ich war, schrieb er jetzt zur Weitergabe. Nimm mein herzlichstes Beileid und mein Bedauern, nicht bei dir sein zu können. Vergiß nicht, wenn alles vorüber, mich und meine Bitte deinetwegen, denn ich erwarte viel von dir. Ich will weniger, als daß ich dir das sein darf, was dein Vater dir war.

Er blieb ganz für sich und trauerte, ohne es zu wollen oder zu wissen, mit der in der Ferne Leidenden und war noch so sehr in Gedanken an sie, daß er die übrige Gesellschaft, ohne sie zu fliehen, kaum in sich aufnahm.

Später erinnerte er sich nur noch eines Abends an Oed. Die Menschen standen und blickten über das dämmernde Meer nach Fischen, die durch das Wasser Bahnen von silbernen Sternen zogen, und plötzlich sah man einen von Lichtern funkelnden Dampfer und dann noch einen, die denselben Kurs wie die Frigga steuerten.

Am nächsten Morgen rasselten die Anker auf der Reede von Gibraltar, und gleichzeitig kam ihr Telegramm, in dem sie zum erstenmal direkt auf seinen Antrag antwortete, nachdem sie zuerst den Vater begraben hatte.

„Ich danke Dir,“ schrieb sie, „daß Du so freundlich meiner gedankst und mir ein Heim anbietest. Ich komme zu Dir nach Yokohama.“

Da gerade Fritz Negroth an ihm vorbeiging, winkte er ihm zu. „Kamerad,“ sagte er, „es ist aus mit Saul und David. Sie können mir gratulieren. Ich habe eine Braut.“

Der Erethliche blieb stehen und sagte: „Gedacht hab ich mir's manchmal, ob's vielleicht so steht mit dem Herrn Rade. Und auch im Mannschaftraum haben sie mir gesagt, jetzt sei's nichts mehr mit der Spinareife. Nach der Erbschaft führen Sie gleich von Neapel zurück nach Newyork und heirateten.“

Der Sozialdofahrer lachte nicht über dieses, sondern den eigenen Gedanken. Nun umkreiste er zur Heirat die eine, und sein Mädchen die andere Welthälfte. Eigenlich hätten sie das in Newyork einfacher gehabt. Ob er am Ende nicht doch den ganzen phantastischen Japanplan fallen lassen sollte?

Seine Absichten schienen ihm auf einmal alle Farbe verloren zu haben, trotzdem sie durch die Erbschaft der Wälder bereits ins

Fatächtige gerückt waren. Es galt ja nur mehr das Holz fällen zu lassen.

„Fahren Sie einsteilen nur ruhig mit nach Neapel,“ jagte er endlich zu Negroth, „dort wird sich alles finden.“

„Was ist mit dir,“ redete ihn, kaum war der andere gegangen, sein Spickerod an, „unser Küchenkasten, den du beauftragt du mir sozusagen Orden gabst, ist schon mit dem ersten Boot, dem Ehepaar Mac Intosh, Doktor Franz und Fredychen an Land gefahren. Willst du ihn ermordeten lassen? Du schiffst seit Tagen. Der Tod eines Schwiegervaters ist doch kein Grund, den Kopf hängen zu lassen. Auf, die Kasse sind gefaltet. Ich seh dir's an, mein Lieber, du möchtest am liebsten Jesso Jesso sein lassen und nach Newyork fahren. Aber das gib's nicht, du hast nun einmal A gesagt, jetzt mußt du auch B sagen.“

„Ich fürchte fast auch,“ erwiderte Kornelius.

Sie hatten Anglück. Das Ehepaar Grünbaum schloß sich ihnen ihnen an, als sie an Land fuhren, und dort war von Mister Pantry weit und breit nichts zu sehen. Nur Fredy redete mit einem Mann mit Ohrringen, der seinem Dreck noch ein Fischer zu sein schien. Mister Rade sah ein gelbes Gesicht, aus dem ihn ein paar honigfarbene Augen merkwürdig musterten.

„Schloß gleich für die Rückfahrt ab,“ sagte Wainwright, „in drei Stunden müssen wir wieder an Bord sein. Kommen die Herren, die Mac Intosh' und Pantry sitzen gerade um die Ecke im Café.“

Das Ehepaar war allerdings da, aber der Schalmann sel gegangen, um Platten für seinen Apparat zu kaufen.

„Wollte die einzigen europäischen Affen fotografieren,“ sagte Fredy, „aber sie sind schon lange ausgestorben, existieren nur noch in alten Schulbüchern.“

Als Pantry lange nicht kam, brachen die andern auf, nur Heim und Rade warteten noch und suchten dann. Sie fragten in etlichen Geschäften nach dem Verschwindenden, gingen eine holperig gepflasterte Straße bergauf unter Hausbögen hindurch, gingen wieder zurück und befanden sich plötzlich auf einer staubigen Landstraße in der Ebene, die nach Spanien führte. Wahrhaftig, da war auch ein Maultierreiter mit zwei Säcken über dem Rücken seines Tieres und einer Zipselmütze. Er hatte spanische Augen von grünlicher Farbe. „Wenn er die Augen nicht hätte,“ rief Heim aus, „wäre er wahrhaftig Gancho Panza.“

(Fortsetzung folgt.)

Ein Bahnbrecher der Aufklärung

Geboren 29. August 1632 / Von Fritz Schütz

Zerstückung der Idole

Dem Stipendisten Locke in Oxford fiel auf, wie sehr die Disputationen seiner gelehrten Freunde in Wortschlingen hängen blieben. Er kam, als er sich von den Scholastikern weg und naturwissenschaftlichen, medizinischen Studien und dem Descartes zuwandte, zu der Überzeugung, daß dem Wortstreit ein Ende zu setzen sei. Er dachte also über den richtigen Gebrauch des Verstandes nach. In „einer Art Spür- oder Suchjagd“ führte er die Urteile und Sätze auf die Worte, die Worte auf die Vorstellungen zurück und machte die Vorstellungen selbst zum Forschungsgegenstand. Ueber Ursprung, Gewißheit und Umfang der Erkenntnis wollte er Klarheit schaffen.

Es schlage der menschliche Verstand sich alle Begriffe aus dem Kopf, man reinige den Kopf, bis er einer geglätteten Tasse, einem unbeschriebenen Blatt gleich, man mache tabula rasa. Eine solche Reinigung, Räumung, Einübung des geistigen Feldes — „epurgata, abrasa, aequata mantis arena“ — vollzog Locke im ersten Buch seines „Organons“, in welchem das Programm der Naturwissenschaften zum erstmalig philosophisch formuliert ist und das am Anfang des modernen Denkens steht. Tabula rasa — damit fing es an. Unter den Nachfolgern Bacon's knüpfte hier unmittelbar Locke an. Locke setzte die Zerstückung der „Idole“ fort, er schreibt die Naturgeschichte des menschlichen Verstandes, denn ohne eine Geschichte erscheint ihm die Natur des Verstandes leer und hohl. Es gibt keine angeborenen Ideen, sagt er gegen Descartes. Nur durch Erfahrung werden Ideen und Erkenntnisse erworben. Erfahrungen aber werden durch äußere Wahrnehmung gemacht. Im Verkehr mit der Umwelt allein also bildet und entwickelt sich der menschliche Geist. So leitet Locke die Erkenntnis aus der tabula rasa ab.

Ein Gelehrter und ein Liberaler

Der Vater, ein eifriger Puritaner, focht mit im Parliamentsheer Cromwells. Locke selbst erlebte den Sturz der Cromwell-Republik und die Restauration der Stuart-Monarchie, die ihn verlor, aus dem Lande trieb und selbst im Exil nicht zur Ruhe kommen ließ. Im übrigen sind die Daten seines Lebens die typischen eines ruhigen Gelehrtenlebens. Er hatte eine Freistelle an der Westminster-Schule; dort blühte ihm die sprachwörtliche Strenge englischer Schulmeister die liberalen Erziehungsgedanken ein, die er später vertrat. Er studierte in Oxford, ward Baccalaureus und Magister, erwarb die Freundschaft eines Lords, der ihm die Erziehung seines Sohnes anvertraute und ihn auch die Wahl der Schwiegertochter entscheiden ließ. Locke bekleidete mehrmals Staatsämter, so war er kurze Zeit in Berlin Legationssekretär des englischen Gesandten am Hofe des Großen Kurfürsten, bei welcher Gelegenheit er, wie seine Briefe berichten, sich über die maßlose Eß- und Trinklust der Deutschen sehr verwunderte. Sein gräflicher Freund, Lord Ashley, ward Großkanzler und später Premierminister und Locke war Sekretär des Großkanzlers und Sekretär des Premierministers. Ashley ließ — beim Regierungsantritt Karls II. mit der Lordchaft über die nordamerikanische Provinz Karolina beschenkt — Locke die Verfassung für Karolina ausarbeiten. Locke

verfügte, daß in Karolina Staat und Kirche getrennt wurden, wie sie es noch heute in USA. sind. Er erklärte die Religion als Gemeindefache und sicherte so weitgehende religiöse Toleranz. Als Anhänger der konstitutionellen Monarchie und der repräsentativen Volksvertretung war Locke ein Parteigänger des Prinzen von Oranien, was ihm die Verfolgung der Reaktion einbrachte.

Politik dringt in die Gelehrtenstube

Ashley fiel in Ungnade und mußte nach Holland fliehen, wo er zwei Jahre darauf starb. Locke wird verdächtigt, anonyme Broschüren gegen die Regierung geschrieben zu haben. Man wirft ihm „Anbormäßigkeit“ vor. Man leitet ein Disziplinungsverfahren gegen ihn ein. Sein Name wird aus den Listen der Universität gestrichen. Er sucht in Holland ein Asyl und er findet in dem Vaterland Spinozas, der philosophischen Einfindel „Descartes“, eine zweite Heimat. Die Mittel des unfähigen, despotischen Jakob II. fordern von der holländischen Regierung seine Auslieferung. Er verläßt Utrecht und taucht in Amsterdam unter. Er muß häufig das Domizil wechseln. Freunde raten ihm die Unterwerfung. Locke denkt gar nicht daran; er bedürfte keiner Verzeihung, denn er habe sich keines Verbrechens schuldig gemacht.

Im November 1688 geht der Prinz von Oranien nach England in Segel und die Hoffnungen aller Anhänger politischer und religiöser Freiheit begleiten ihn. Vier Wochen später auf dem Schiff der Gattin Oraniens verläßt Locke Holland.

Bahnbrecher der Aufklärung

Fast an der Schwelle des Greisenalters tritt der Philosoph an die Öffentlichkeit. Der Sieg des Prinzen von Oranien fällt zusammen mit seinen Jahren der Ernte. Sein „Versuch über den menschlichen Verstand“ („An essay concerning human understanding“ London 1690, dessen Plan er 1670 faßte, vollendete er 1687 ein Jahr vor der Krise und veröffentlichte ihn 1690 ein Jahr nach der Revolution. Der „Versuch über den menschlichen Verstand“ hatte sofort ungewöhnlichen Erfolg. Locke wurde durch ihn zu einem Bahnbrecher der Aufklärung. Er wurde in literarische Kontroversen verstrickt und veröffentlichte in seinen letzten Lebensjahren zahlreiche Schriften über Erziehung, über politische Fragen und über religiöse Toleranz. Charakteristisch sind die Initiale, die er auf den Kopf des Briefes über Toleranz an seinen holländischen Freund, den Theologen Limbach, schrieb: „John Locke aus England, Freund des Friedens, Feind Locke seinen Jahren zutraue.“

Sein Leben ist reich an Verfolgungen gewesen, aber auch reich an Ehrungen und Ruhm. Zu seinen letzten Besuchern auf dem Landhause seiner Freunde in Oates in der Grafschaft Essex gehörte mehrmals — Newton. Der Prinz von Oranien, jetzt König von England, bot ihm die brandenburgische Gesandtschaft an. Locke lehnt ab. Er kennt die Brandenburger aus Erfahrung. Er meint, er sei den damit verknüpften Anforderungen nicht gewachsen. Berlins Klima sei rau und, wolle ein Gesandter dort seine Aufgabe voll erfüllen, so müsse er vor allem beim Zechen seinen Mann stehen können und trinkfester sei, als der Verfolgung.“

Der Liquidator und Aufsichtsrat der Vorschuß- und Sparvereins-Bank in Lübeck A.-G. in Ligu. hat in seinem „3. Bericht“ vom 19. August 1932 eine Reihe von Behauptungen und Unterstellungen gegen den Gläubiger-Schutzverband und den in diesem ehrenamtlich tätigen Vorstande aufgestellt, die nicht den Tatsachen entsprechen. Die Zahl dieser Unterstellungen ist von einem solchen Umfange und geht in sovielen persönlichen Kleinigkeiten, die mit der Sache selbst in gar keiner Verbindung steht, so daß wir davon absehen, auf diese Einzelheiten einzugehen.

Um aber die ganze Stellungnahme des Gläubiger-Schutzverbandes und seine Anträge an den Liquidator und Aufsichtsrat der Bank zu kennzeichnen, geben wir in Nachfolgendem von dem Schreiben öffentlich Kenntnis, das im Anschluß an die Versammlung des Gläubiger-Schutzverbandes am 16. ds. Mts. an den Treuhänder bzw. Liquidator und an den Gläubiger-Ausschuß bzw. Aufsichtsrat gerichtet, und auf das eine Antwort bisher nicht eingegangen ist.

Der Brief lautet: „Der Gläubiger-Schutzverband der Vorschuß- und Sparvereins-Bank in Lübeck A.-G. in Ligu. hat am Freitag, dem 12. August ds. Js., abends 8 Uhr, in der Flora eine offizielle Mitglieder-versammlung gehabt.“

Auf dieser Versammlung wurde vom Vorsitzenden ein ausführlicher Bericht über den Stand der Liquidation gegeben, wie solcher auf Grund der bisherigen Information seitens der Bank bekannt war.

Ihr zweiter Liquidationsbericht, der sehnüchlich erwartet wurde, erschien an demselben Abend überraschenderweise erstmalig in der Ausgabe der Lübeckischen Anzeigen, und es wurde in dem Schlußsatz der Vorstand des Schutzverbandes sehr angegriffen.

Die Versammlung hat in nicht mißzuverstehender Majorität dem Vorstand am genannten Abend das volle Vertrauen durch Erheben von den Sitzen zum Ausdruck gebracht und außerdem durch Majoritätsbeschluss die unter Punkt 1, 2 und 3 formulierten Beschlüsse gefaßt.

1. Der Vorstand wird beauftragt, durch Nachfrage bei Treuhänder und Gläubiger-Ausschuß die genaue Höhe der derzeitigen Vergleichskosten und diejenigen der bisherigen Liquidationskosten per 30. Juni 1932 festzustellen.
2. Der Vorstand wird beauftragt, den Wortlaut des mit der Firma Carl Stender & Co. in Hamburg abgeschlossenen Vergleichs durch Nachfrage bei Treuhänder und Gläubiger-Ausschuß festzustellen.

Er soll darauf hinwirken, daß die dem Vergleich angeblich zu Grunde gelegte, von Herrn Bücherrevisor Schwarting, der nicht beedigt ist, aufgestellte Bilanz genau auf ihre Unterlagen von einer angesehenen Treuhandgesellschaft oder einem öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer nachgeprüft wird.

3. Der Vorstand wird beauftragt, unverzüglich eine eindeutige Stellungnahme des Treuhänders und des Gläubiger-Ausschusses darüber herbeizuführen, wie weit diese Organe gewillt sind, dem Gläubiger-Schutzverband über den Gang der Liquidation und wichtige Einzelfragen Auskunft zu erteilen. Der Gläubiger-Schutzverband bittet im beiderseitigen Interesse auf Grund der Forderung der Mitgliederversammlung um möglichst baldige Beantwortung der Fragen, um nicht weitere Schärfe in die Angelegenheit zu bringen.

Sollte Ihnen außerdem an einer mündlichen Aussprache gelegen sein, so bitten wir um Nachricht.“

Wir überlassen es der Öffentlichkeit, zu beurteilen, ob in diesem Schreiben und in dem Verlauf der Mitgliederversammlung irgendwelche unsachlichen Verlangen, die nicht eine Förderung der Liquidation zum Ziele hatten, enthalten sind.

Wir bemerken noch, daß zu der Mitgliederversammlung der Liquidator und Aufsichtsrat schriftlich geladen waren, aber nicht erschienen sind. Die in dem Bericht der Bank künstlich konstruierte, anscheinend auf persönlicher Antipatie einzelner Mitglieder beruhende Gegensätzlichkeit ist für den Vorstand und den erweiterten Vorstand des Gläubiger-Schutzverbandes gänzlich unverständlich, da dem Gläubiger-Schutzverband nichts ferner liegt, als die persönlichen Eigenschaften der jetzigen Bankleitung in Frage zu stellen, wie es leider der Liquidator und Aufsichtsrat der Bank getan hat.

Das Ziel für alle kann doch nur sein „schnelle und günstigste Abwicklung für die Gläubiger“.

Oder wähnt sich der jetzige Liquidator und Aufsichtsrat so hoch, daß er nur mit „Großgläubigern“ persönlich verkehrt, sonst aber glaubt, die Klagen von ca. 4000 schwer betroffenen Gläubigern der Bank überhören zu können und mit persönlichen Ausfällen in einer Drucksache, die wahrscheinlich auf Kosten der Masse hergestellt ist, bedenken zu dürfen. Dabei hat der jetzige Aufsichtsrat Mann für Mann in den Reihen des Gläubiger-Schutzverbandes gestanden und hat nicht nur dieselben, sondern noch schärfere Fragen an den früheren Aufsichtsrat und Vorstand der Bank gestellt. Es liegt also kein Grund vor, gegenüber den bisherigen Mitkämpfern für die Gläubiger den Beleidigten zu spielen. Der Gläubiger-Schutzverband kann es getrost der Öffentlichkeit überlassen, zu urteilen, wo die Unsachlichkeit des Vorgehens liegt; ob in dem Bemühen des Schutzverbandes, die Verwässerung der vorhandenen Mittel der Bank zu verhindern, oder in dem abweisenden Benehmen des Liquidators und Aufsichtsrates, als handelte es sich um eine Gruppe von Menschen, die kein Recht hätten, über ihr Hab u. Gut, oft die Ersparnisse eines langen, arbeitsreichen Lebens, Auskunft zu verlangen. Der Verlauf sowohl der gerichtlichen Gläubigerversammlung, wie alle späteren Zusammenkünfte haben gezeigt, wie tief die Erregung der Gläubigerkreise, die der einst so sicheren Bank das Ihre anvertraut haben, geht. In Kreisen der Gläubiger ist die Befürchtung laut geworden, die Verweigerung der Auskunft über die Kosten der Liquidation beruhe darauf, daß ein gut Teil der Masse durch diese aufgezehrt und dem Eigentum der Gläubiger entzogen werde. Schon sind 9 Monate seit Beginn der Zahlungseinstellung vergangen, ohne daß den Gläubigern eine Abrechnung, die von jedem Unternehmen mindestens vierteljährlich gegeben wird, zugegangen wäre.

Es ist ein unbilliges Verlangen, wenn die Gläubiger in bestimmten Zeitabständen solche Abrechnungen über ihr Eigentum sehen wollen? Statt dessen gibt es schöne Berichte mit persönlichen, trostlosen Plattitüden.

Hat nicht der Staat dem durch das Festliegen der Werte sicher viele Steuerrückstände entstehen, ein großes Interesse daran, eine Beschleunigung der Abwicklung und einen Schutz der Gläubiger herbeizuführen. Bei der großen Zahl der Interessenten in Kreisen seiner Bürger wäre vielleicht die Einsetzung eines Staatskommissars zu erwägen, wenn sich der Liquidator und Aufsichtsrat nicht zur ordentlichen Auskunfterteilung und Abrechnung i r it finden.

Lübeck, den 24. August 1932
Gläubiger-Schutzverband
der Vorschuß- und Sparvereins-Bank
in Lübeck. Akt.-Ges. in Ligu.

Familien-Anzeigen
Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Vermählung danken herzlichst
R. Trucks u. Frau
E. Rahlf u. Frau
Lübeck

Verloren
Jagdhund
schwarz und weiß geprenkelt, entlaufen.
Piper, Stodfeldsdorf,
Vohjtr. 107. Tel. 28466

Verkäufe
Wochenendwagen
zu verl. Schwartzau,
Raltenhöferstr. 23a 2117

Verkaufe
Gr. weißer Kachelofen
auf Abbruch zu verl.
Katharinenstr. 49a. 2116

Verkäufe
2 fast neue Unterbetten
a 11 Km. zu vl. 251
Blumenstraße 7, ptr.

Verkäufe
Schlafs, Küchenbüf.
bill. Breite Str. 22, 21

Verkäufe
Jahresräder Ankauf
u. Verkauf, neue u.
Fr. 30 Max. Schlänge
45 Jan. Münt. 90 Jan.
Nur Beckergrube 61.

Verkaufe
Verschiedene
2117

Dr. Stahr
zurück 2118

Patent
Matratzen
Postler-
Auflagen
Matratzen-
Mühle
Zürcher
Str. 54
Küchener Stahl-
leder-Matratzen-
Jahrb. 2114

Milch- und Butterpreise
Milchpreis unverändert pro Lit. 20.4
Butterpreis vom 25. bis 31. August
1. Sorte pro Pfd. 1.35 RM
2. Sorte billiger 2120
Die am Milch- und Butterhandel beteiligten Körperschaften.

Heute wieder die billigen Käsepreise
Echer Edamer . . . nur 45.4
Ostpreuß. Tilsiter . . . nur 50.4
Vollf. finn. Schweizer . . . nur 75.4
2121 Vorzügl. fetter Speck 70, 65, 60.4

Rostocker Butterhandlung
Holstenstraße 23
Beckergrube 9

Vergleichen Sie
meine
Qualitäten u. Preise
dann kaufen Sie bestimmt Ihren
Hut
die blaue Sudmütze
nur noch beim Hutmacher
Hut-Ziehe
Wahnstraße 9 2113

Alle Arbeiter
dicke, dünne, unterseitzig, schlanke, große, kleine, a l e
finden ihre Berufskleidung richtig und in großer Auswahl
im Spezial-Geschäft bei **Otto Albers**, das seit
ca. 40 Jahren seinen
Konsum beständig ge-
steigert hat.
Die guten „O.-A.“-Qualitäten sind weit und breit bekannt.
(Bill. Preise sind i. l. Sommerzeit. 1. Jan. 1.75, rest. Zeit. 1.45 i. l. Jan.)
Sommerjoppen 2.45 / Hosenwesten dopp. Futter 2.95
Die Preise sind teilweise unter Vorkriegszeit.

Otto Albers
Kohlmarkt 10
Durch gemeinsamen Großeinkauf bei erstklassigen Fabriken
wird größte Leistungsfähigkeit gewährleistet. 2112

... aber die Dame mit Geschmack und Verstand bevorzugt den Dauerweller vom Schutzverband.
SCHUTZVERBAND DER
D
DAUERWELLER
LÜBECK UND UMGEBUNG EV.
Liefert trotz erneut herabgesetzter Preise
nur Qualitätsarbeit bei weitgehendster
Garantie. 2118

Boxen 8 1/2 Morgen
Auktionshalle Schwart. Allee
11 Kämpfe, u. a.
Neger Ludwig — Kloss LSV.
Freik LSV. — Freudenberger Hbg.
Wulff — Duensing Polizei Hamburg
Pusback — Masch " " "
(Bitte Plakate beachten) 2121
kleine Eintrittspreise

Arbeiter-Turn- und Sportverein Lübeck e. B.
Familienausflug
in die Paltiner Heide
am Sonntag,
d. 23. August.
Abmarsch aller Ab-
teilungen mit Musik
13 1/2 Uhr vom Ver-
einslokal Hundestr. 41

Grundmann's Spiritosen
besser und noch billiger
Schlüsselbuden 32

Kein Wocheneende ohne "Das Echo der Woche"
Zu beziehen durch die
Wullenwever-Buchhandlung
Lübeck, Johannisstraße 46

Lübecks Notetat

6 Millionen Abstriche gegen das Vorjahr / Trotzdem 3,3 Millionen Defizit / Der furchtbare Abbau der Erwerbslosenfürsorge erdrosselt Lübecks Finanzkraft 5 Millionen Steuerausfall / Fast 10 Millionen Ausgaben für die Wohlfahrtslasten

Das Reich lebt auf Kosten der Gemeinden

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Mit fast halbjähriger Verzögerung ist jetzt der Bürgerhaushalt des Staates für das Jahr 1932/33 zugeleitet worden, nachdem sich die gesetzgebenden Körperschaften in der Zwischenzeit notdürftig mit Ermächtigungen, die sie der Finanzbehörde wohl oder übel erteilen mußten, über die Zwischenperioden hinweggeholfen hatten. In den meisten Ländern und Städten verfuhr man bekanntlich ebenso. Die Finanzlage, insbesondere die Reichszahlungen, war so unübersichtlich, daß es eine fruchtlose Arbeit bedeutet hätte, einen Etatsentwurf früher zu veröffentlichen.

Und auch der jetzt vorgelegte Etat vermag — wie es heute allerorts die Regel geworden ist — trotz rigoroser Abstriche, auf die wir im einzelnen noch zu sprechen kommen, in Einnahme und Ausgabe nicht zu balancieren. Der vorgelegte Entwurf wies ein Defizit von 3,3 Millionen Reichsmark

auf. Die Finanzbehörde hat sich deshalb in ihrer abschließenden Beratung pflichtgemäß um die möglichste Verminderung des Untererschusses bemüht und vorgeschlagen, die Behörden anzuweisen, von den im Etatsentwurf schon sehr stark zusammengestrichenen Haushaltsplanmäßigen sachlichen Ausgaben nur 85% in Anspruch zu nehmen; für eine etwaige Ueberschreitung dieses Prozentsatzes soll es in jedem Falle besonderer vorheriger Zustimmung der Finanzbehörde bedürfen. Die persönlichen Ausgaben stehen gesetzmäßig fest. Sie sind von der Beamtenkommission bewußt und anerkannt niedrig gehalten. Sollten jedoch die Einschränkungen der sachlichen Ausgaben zur Behebung der finanziellen Schwierigkeiten nicht ausreichen, sowie ferner Zuwendungen seitens des Reiches nicht zu erreichen sein, so kündigt die Finanzbehörde schon jetzt weitere Einschränkungen in den Personalausgaben an. Folgerichtig hat sie deshalb jede, falls auch eine weitere Schaffung von Beamtenstellen, soweit diese nicht als gesetzlich notwendig nachgewiesen ist, vorsorglich abgelehnt. Auch soll an dem Beschlusse und der Uebung, freierwerbende Beamtenstellen nur im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses neu zu besetzen, nach wie vor nachdrücklich festgehalten werden. Der Haushaltsausschuß trat dieser konsequenten Stellungnahme der Finanzbehörde in allen Punkten, in teilweiser Abweichung von der Senatsvorlage, bei.

Wie ergibt sich das beträchtliche Defizit des Entwurfes? Der Plan schließt ab in

Einnahme mit rund	32 435 000 RM.
Ausgabe mit rund	35 800 000 RM.

Der Fehlbetrag von 3 365 000 RM. ergibt sich im wesentlichen aus dem mit steigender Erwerbslosenzahl immer weiteren Anschwellen der Ausgaben der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt und dem ständigen Absinken der Steuereingänge. Diese beiden Posten erschüttern auch zwangsläufig den Plan, wenn sie sich in der gleichen Richtung weiter verändern.

Die Mehranforderungen gegenüber dem Vorjahr nur für die Not der Erwerbslosen und der übrigen Schutzbedürftigen des Wohlfahrtsamtes, das kürzlich auf striktes Anfordern des Präsidiums der Finanzbehörde in Angleichung an die Sätze vergleichbarer Städte harte Abstriche machen mußte, sind mit 3 087 600 RM. angegeben; dieser Etatsabschnitt Arbeit und Wohlfahrt allein macht mit 9 863 500 RM. heute zwangsweise rund 27 Prozent aller Staatsausgaben aus. Ein schwerer Notstand, der nur durch großangelegte Arbeitsbeschaffung und richtigere Lastenverteilung zwischen Reich und Ländern zu beheben ist. Auf der andern Seite belaufen sich die Aufschläge an Steuern auf fast 5 Millionen RM., und zwar bei den Reichsteuern fast 2 Millionen RM. und bei den Landessteuern rund 3 Millionen RM.

Der Rückgang an Einnahmen bei den einzelnen Behörden beträgt überschläglich im übrigen bei der Justiz 130 000, beim Bauwesen 480 000, bei der Inneren Verwaltung 190 000, im Gefängniswesen 60 000, bei den Betriebsanstalten 214 000 RM., (davon allein 190 000 RM. niedergeschlagene Pacht für das durch kurzfristige Reichszollpolitik schwer geschädigte Seegrenzschlachthaus), bei den Heilanstalten 300 000, Mindereinnahme an Schulgeld 200 000, beim Theater und Saalbau 200 000, bei den Jugendämtern und dem Amt für Anstalten und Werkstätten 140 000, und endlich bei der Behörde für Eravemünde 70 000 RM.

Dem stehen gewisse Mehreinnahmen gegenüber, die jedoch das strübende Bild nicht sehr erheblich aufhellen können: das Reich stellt für Kleinstiedlung u. v. d. a. 440 000 RM. bereit, die natürlich restlos diesem Zwecke als Ausgabe wieder zugeführt werden, es gewährt als Reichshilfe zu den so gewaltig gestiegenen Wohlfahrtslasten 1 700 000 RM.; und endlich erwartet man aus den sehr umstrittenen Schulgeldnotverordnungen (Berufsschulbeiträge und Schulgeld der M- und S-Klasse), zu denen unsere Fraktion ihre bekannten Anträge eingebracht hat, 286 500 RM. abzüglich der früheren Lehrherrenbeiträge. Einer somit errechneten Mehreinnahme von insgesamt annähernd 2 1/2 Millionen Reichsmark steht die oben dargelegte Mindereinnahme von rund 7,3 Millionen Reichsmark gegenüber.

So ist es nicht zu verwundern, daß Mehrausgaben in diesem rücksichtslos zusammengestrichenen Etatsentwurf nur bei absolut zwangsläufigen Aufwendungen erscheinen: in der Finanz-

verwaltung 180 000,— RM., beim Gesundheitsamt infolge des Calmette-Englücks 200 000,— RM. und bei der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt 3 087 600,— RM.

Angesichts dieser rund 3 1/2 Millionen zwangsweisen Mehrausgaben und der nach Verrechnung der Mehreinnahmen verbleibenden Mindereinnahme von rund 4,8 Millionen RM. wurden bei den Ausgaben der einzelnen Behörden nicht weniger als rund 6 Millionen RM. gegenüber den Ansätzen des vorjährigen Haushaltsplanes weggestrichen, darunter bedenklicher Weise beim Bauwesen noch weitere rund 1/2 Million RM., bei der inneren Verwaltung nahezu 450 000, bei Arbeit und Wohlfahrt rund 444 000, bei den Schulen gar 1 274 390, bei Kunst und Wissenschaft rund 342 000, bei den Heilanstalten 391 000, bei Senat und Bürgerschaft 182 000, bei der Justiz 236 000 RM., um nur die größeren Abstriche unter den insgesamt rund 6 Millionen Weniger-Ausgaben zu nennen. Die bisherige Gefandtschaft ist mit 28 470 RM. abgesetzt worden.

Beim Bauwesen bleibt, wenn man von den bescheidenen Projekten der vorstädtischen Kleinstiedlung absteht, keine nennenswerte neue Aufgabe übrig; auch der so dringlich notwendige Etatsposten für planmäßige Erneuerung abgängiger Schulen fehlt in diesem Haushaltsplan ganz. Auch über die für Förderung des Wohnungsbaus eingesetzten 450 000,— RM. ist schon durch Vorgriffe restlos verfügt, so daß auch für diese wichtige Aufgabe keine Mittel verfügbar bleiben. Die Beiträge an die Länder-

und Reichsreformgesellschaften (Hamburg-Lübeck und Gesellschaft für Reichsreform) werden ganz fallen müssen.

Einiges zur Erhebung der Landessteuern:

Die Grundsteuer wird wie bisher mit einem Steuersatz von 6,3 v. E. erhoben werden. Dieser Steuersatz ist zwingend vorgeschrieben. Auf Grund reichsrechtlicher Vorschriften ist die Aufwertungssteuer um 20 % gesenkt. Der Steuersatz der Gewerbesteuer ist unverändert geblieben; lediglich die Filialsteuer ist neu, sie wird seit dem 1. 7. 1932 in Form eines Zuschlages zur Gewerbesteuer erhoben. Die Biersteuer ist vom Reiche bekanntlich gesenkt worden; zwar zahlt das Reich den betroffenen Gemeinden eine gewisse Entschädigung dafür, jedoch bietet diese keinen Ausgleich des Ausfalls. Die Getränkesteuer muß beibehalten werden, da sonst das Reich die oben angeführte Wohlfahrtsbeihilfe von 1,7 Millionen RM. verringern würde. Ähnlich zwingend war aus wirtschaftlichen Gründen die Einführung der Schlachtsteuer, da sonst der Seegrenzschlachthof lahmgelegt werden würde.

Wohin wir sehen: ein wenig erfreuliches Bild, ein Notetat bitterster Art, gegen den die vorausgegangenen Haushaltspläne der letzten Jahre, die wahrlich auch schon schwere Eingriffe gewagter Art notwendig machten, sich noch höchst wohlhabend ausnahmen. Freilich, auch dieser Etat kann für sich in Anspruch nehmen, daß er ehrlich ist. Lübeck hat nicht, wie manche anderen Städte, durch eingesezte fiktive Summen an Reichsbeiträgen seinen Etat künstlich auszugleichen versucht. Und solche Offenheit hat sich noch immer als zweckmäßig erwiesen. Die um unsere Finanzen sich mühenden verantwortlichen Körperschaften haben — auch in der Ausschuß-Vorberatung für die Bürgerhaushaltsplanarbitration — unter Zurückstellung schwerer Bedenken aufs neue einen Weg zur Verminderung des Unterschusses des Etats gesucht und gewiesen; das wird anerkannt werden müssen, wenn es nach Lage der Dinge auch nicht möglich war, das Defizit ganz zu beseitigen.

Doch die Gefahr wächst bei Weiterentwicklung der von uns dargelegten drohenden Entwicklung der Aushöhlung des Etats, gegen die Lübeck machtlos ist. Nur eine Rückkehr der Reichsfinanzpolitik zu den Grundsätzen sozialistisch beeinflusster Regierungen kann Lübeck, wie alle anderen deutschen Städte, vor der drohenden Finanzkatastrophe bewahren. —h.

Die feierliche Beisetzung der „Niobe“-Opfer

Ein Bild von der Beisetzung auf dem Garnisonfriedhof in Kiel.



Der tödliche Unglücksfall in der Moislinger Allee

Der Apotheker und ein weiterer Zeuge berichten

Der Unfall in der Moislinger Allee, dem ein junger Mann zum Opfer fiel, und bei dem der Apotheker Ernecke eine wenig rühmliche Rolle spielte, hat überall zu lebhaftem Meinungsaustausch Veranlassung gegeben. Herr Ernecke setzt sich gegen die ihm gegenüber erhobenen Vorwürfe zur Wehr und schildert uns die folgende

Berichtigung

In Nummer 197 des Volksboten wurde von einem Gewährsmann der Zeitung in einem Bericht über den tödlichen Unfall vor der Stern-Apothek behauptet, ich hätte mich geweigert ohne Bezahlung für den Verunglückten Verbandsstoff herauszugeben. Dies ist nicht wahr. Man hat weder von mir noch von meiner Praktikantin Verbandsstoff gefordert. Ich kann daher die Herausgabe auch nicht verweigert haben. Eine Bezahlung von etwa 10—12 Ferngesprächen, die infolge des Unfalls erforderlich waren, habe ich abgelehnt.

Erich Ernecke, Apotheker, Verwalter der Stern-Apothek.

Ein Augenzeuge schildert uns nun die Vorfälle wesentlich anders. Wir drucken diese Darstellung ab. Sie entwirft ein ganz anderes Bild von der Rolle, die der Apotheker bei dem tragischen Unglücksfall gespielt hat. Der Augenzeuge berichtet:

Am Montag, dem 22. August war ich Augenzeuge des tödlichen Verkehrsunfalls in der Moislinger Allee. Ich griff mit einem mir unbekanntem Straßenbahner zu, um den Schwerverletzten, der zwischen dem Laffauto und dem Anhängen lag, von der Fahrbahn zu tragen. Das war aber leider nicht möglich, da der Ueberschwere zu schwer verlegt war und zuviel Blut verlor. Ich schickte darauf einen in der Nähe stehenden jungen Mann in die Apotheke des Herrn Ernecke mit dem Auftrage, er möge sofort reichlich Verbandsstoff holen. Der junge Mann kam zurück und berichtete, in der Apotheke sei ihm die Aushändigung von

Verbandsmaterial verweigert worden, da die Bezahlung nicht gewährleistet sei. Gleichzeitig kam der Apotheker im grauen Mantel selber aus der Apotheke heraus. Ich rief ihm sofort zu: „Besorgen Sie bitte Verbandsstoff und rufen Sie einen Arzt und ein Auto herbei!“ Der Apotheker ging zunächst auf diese Forderung überhaupt nicht ein, sondern äußerte seine Meinung über die mutmaßliche Verletzung. Inzwischen kam ein Rote-Kreuz-Sanitäter hinzu, der aber nur ein kleines Verbandspäckchen bei sich trug, das angesichts der furchtbaren Verletzungen nahezu wertlos war. Wir drangen nochmals in den Apotheker, uns Verbandsstoff zu geben. Gleichzeitig forderte der Sanitäter Herrn Ernecke auf, telefonisch ein Krankenauto zu bestellen. Herr Ernecke erwiderte darauf, der Arzt komme gleich. Er lehnte es ab, vor Erscheinen des Arztes ein Auto oder Verbandsstoff zu liefern, da niemand ihm für die Bezahlung auskomme. Während wir darüber verhandelten, kam ein außer Dienst befindlicher Schutzpolizist hinzu, der sofort von sich aus ein Krankenauto bestellte. Verbandzeug, das nach Meinung des Sanitäters dringend notwendig war, hatten wir nicht zur Verfügung bis das Auto zur Stelle war. Inzwischen war auch der Arzt eingetroffen und legte mit dem Verbandsmaterial aus dem Krankenauto den ersten Verband an. Zwischen dem Unfall und dem Eintreffen des Krankenautos mit dem nötigen Verbandzeug vergingen etwa 12—15 Minuten. Ich bin bereit, diese Darstellung jederzeit als Zeuge unter Eid zu bekräftigen.

Herbert Spethmann, Lotharstraße 8.

An der Darstellung unseres Gewährsmannes haben wir nicht den geringsten Zweifel. Sie ist so überzeugend, daß jedes weitere Wort ihre Wirkung nur abschwächen könnte.

Das Urteil über das Verhalten des Apothekers überlassen wir unseren Lesern.

Wie wird das Wetter?

Öffentlicher Wetterdienst Hamburg

Schwache, später frische Nord- bis Nordwestwinde, wolkig, trocken, nachts ziemlich kühl, Tagestemperaturen im Norden des Bezirkes 18 bis 20 Grad Celsius, im Süden des Bezirkes 20 bis 23 Grad.

Nachdem am gestrigen Tag die Tagesmitteltemperatur in Hamburg noch über dem vierjährigen Mittelwert gelegen hatte, lag sie heute seit dem 8. August erstmalig wieder um mehr als ein Grad darunter. Da die Zufuhr von Nordluft im Ostabhang des Hochdruckkernes noch anhält, ist auch mit einem erheblichen Temperaturanstieg vorerst noch nicht zu rechnen.

Die Polizei berichtet

Schwerer Diebstahl gefasst

Ermittelt und festgenommen wurde ein 23 Jahre alter in Schwerin wohnhafter Bürogehilfe, der hier versuchte, wertvolle Goldsachen zu verkaufen. In seinem Besitz wurden 1 schwere gold. Herrenschmuckuhr, 3 Brillantringe, 1 gold. Ring mit Opal, 1 Opernglas und 1 Koffer mit Herrenkleidungsstücken gefunden. Wie festgestellt, ist ein Teil der Sachen in der Nacht zum 18. d. Mts. in Schwerin durch Einbruch gestohlen. Ueber die Herkunft der weiteren bei dem Festgenommenen vorgefundenen Sachen schweben noch Ermittlungen. In Begleitung des Festgenommenen befand sich ein 29 Jahre alter Ulfert aus Friedenshütte, der ebenfalls festgenommen wurde, weil er im dringenden Verdacht steht, sich der Diebstahlschuld gemacht zu haben.

Diebstahl. Am 23. d. Mts. gegen 16 Uhr ist aus dem Eingang des Kaufhauses Karstadt ein weißer Klappsportwagen mit weißer Wolldecke gestohlen worden.

4500 Mark für die besten deutschen Erzählungen

Die Monatschrift „die neue Linie“ (Verlag Otto Beyer, Leipzig) hat auch in diesem Jahr einen Erzählerpreis ausgesetzt. 4500 Mark sind für das Jahr 1932 für die besten deutschen Erzählungen ausgeschrieben worden. Sechs Preise stehen zur Verfügung. Der 1. Preis beträgt 1500 RM. Zur ehrenamtlichen Uebernahme der Jury haben sich wiederum bereit erklärt: Paul Fechter, Berlin; Alfons Daquet, Frankfurt; Helene von Kossitz, Berlin; Wilhelm von Scholz, Jülich; Bruno E. Werner, Berlin. Die näheren Bedingungen enthält das Septemberheft „die neue Linie“.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 29. August, hat sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen: I. Mitteilungen, II. Anträge des Senates: 1. Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1932, 2. Nachbewilligung der Mehrausgaben für das Rechnungsjahr 1931, 3. Verstärkung des Abschnitts XIX des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1931, 4. Haushaltsplan der Forstverwaltung für das Wirtschaftsjahr 1933, 5. Bewilligung einer Rückstellungsrücklage an die Lübeckische Kreditanstalt und Uebernahme der Bürgerschaft für Darlehen an die Lübeck Linie A.-G. und die Schiffswerft von Henry Koch A.-G., 6. Uebernahme der Bürgerschaft für eine von der Kaufmannschaft aufzunehmende Anleihe. III. Antrag von Schlicher: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Theaterbehörde anzuweisen, den Preis für die Lübecker Bühnenblätter (Programmhefte) des Stadttheaters den Zeitverhältnissen entsprechend auf 10 Pfennig pro Stück zu ermäßigen und die Theaterbehörde zu verpflichten, den mit dem Verlag Max Beck (Leipzig) abgeschlossenen Vertrag zum nächstmöglichen Termin zu kündigen und den Verlag der Lübecker Bühnenblätter einem Lübecker Verleger zu übertragen.

Fremdenabonnement im Stadttheater Lübeck. Von der Intendantin wird uns geschrieben: Das Stadttheater Lübeck hat die Einladungen zum Abonnement für die neue Spielzeit 1932/33 zum Versand gebracht. Das künstlerische Personal, das einen Teil der alten bewährten Mitglieder aufweist, ist durch neue wertvolle Kräfte von großen deutschen Bühnen ergänzt worden. Um auch den theaterinteressierten Kreisen außerhalb Lübecks die Möglichkeit zum Besuch des Stadttheaters zu geben, legt die Intendantin für die neue Spielzeit 1932/33 wieder Fremdenabonnements für auswärtige Besucher auf, die sich durch billige Preise auszeichnen. Diese Fremdenvorstellungen finden an den Sonntagen 25. September, 9. und 23. Oktober, 6. und 20. November, 4. Dezember 1932, 15. Januar, 5. und 19. Februar, 5. und 19. März und 2. April 1933 statt. Sie umfassen 12 Vorstellungen (5 Opern, 3 Operetten, 4 Schauspiele und Lustspiele) und zwar sind aus dem reichhaltigen Spielplan die Werke ausgewählt worden, die das besondere Interesse der auswärtigen Besucher finden dürften. Die Preise sind außerordentlich niedrig gehalten und bewegen sich für 12 Vorstellungen von 7 bis 30 RM., das bedeutet, daß der auswärtige Besucher schon von etwa 55 Pfennigen an eine große Opern-, Operetten- oder Schauspiel-Aufführung sehen kann. Alles Nähere ist aus den besonderen Einladungen zum Fremdenabonnement ersichtlich, die ausliegen in Raseburg; Weinhardt'sche Buchhandlung Inh. Hans Külliger; Wölln: Köllner Musikhaus; Oldesloe: Buchhandlung von E. S. Meyer. Anmeldungen zum Abonnement werden schriftlich an die Theaterkasse Lübeck erbeten.

Börsen. Der Börsen-Verein veranstaltet morgen, Freitag, in der Auktionshalle einen Kampfabend, zu dem außer den Lübeckern Börsen fünf hervorragende Kräfte der Hamburger Börse und der Regenerborger Ludwig verpflichtet sind. Ludwig startet für den Berliner S. E. Hermann und hat bekannte Börsen wie Camde (Antonia-Berlin), Börsen (Chemnitz), Riffe und Bruch-Berlin geschlagen. Ludwig wird gegen Klotz börsen und zwar in einem Kampf, der voraussichtlich über 6 Stunden gehen wird.

Stadttheater. Von der Intendantin wird uns geschrieben: Die Kammerspiele des Stadttheaters, deren Vorstellungen in weiten Kreisen sich besonderer Beliebtheit erfreuen, werden auch in der kommenden Spielzeit wieder beibehalten werden. Dagegen werden die auf der Kammerbühne erscheinenden Stücke grundsätzlich nicht mehr in den Spielplan des großen Hauses übernommen. Die Intendantin erhält dadurch die Möglichkeit für die Kammerspiele wirklich nur solche Stücke auszuwählen, die in ihrer technischen Schwierigkeit und ihrem Charakter dem intimen Rahmen entsprechen.

Kinderfreunde Lübeck

Falken-Appell

am Sonntagabend, 27. August

Einmalige Falkengruppen (rote Falken, Jungfalken, Weißfalken) sind herzlich und herzlich zu den angelegten Zeiten im Gruppenheim.

Von der Jugend 17 Uhr, Herrenklub 17 Uhr, Mädchenklub 17 Uhr, Kickerklub 17 Uhr, Seniors 17 Uhr, Blauenklub 17 Uhr.

Nach 16 Uhr, Seniors 16 Uhr, Kickerklub 16 Uhr, Schützklub 16 Uhr, Mädchenklub 16 Uhr, Seniors 16 Uhr.

Arbeiten für die Bürgerschaft

Verstärkung des Abschnitts XIX des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1931

In den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 sind unter Abschnitt XIX für Verstärkung von Anlagen, für Nachbewilligungen und Neubewilligungen 400 000 RM. eingestellt. Hierauf sind bisher rund 352 650 RM. für Neubewilligungen angewiesen. Bei Abschluß der Abrechnungen für das Rechnungsjahr 1931 haben sich bei verschiedenen Behörden Mehrausgaben ergeben, deren Nachbewilligung beantragt ist. Nach der Zusammenstellung der Finanzbehörde betragen diese Mehrausgaben rund 2 972 550 RM. Auf Empfehlung der Finanzbehörde sollen diese Mehrausgaben auch auf Abschnitt XIX angewiesen werden.

Da auf Abschnitt XIX bereits 352 650 RM. angewiesen sind und noch 2 972 550 RM. angewiesen werden sollen, ist, unter Berücksichtigung der eingestellten 400 000 RM. eine Verstärkung um 2 925 200 RM. erforderlich.

Der Senat stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, daß der Abschnitt XIX des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1931 um 2 925 200 RM. verstärkt und daß dieser Betrag auf Anleihemittel angewiesen werde.

Bewilligung einer Rückstellungsrücklage an die Lübeckische Kreditanstalt und Uebernahme der Bürgerschaft für Darlehen an die Lübeck Linie A.-G. und die Schiffswerft von Henry Koch A.-G.

Die Lübeckische Kreditanstalt hat dem Senate mitgeteilt, daß infolge der Wirtschaftslage nach kaufmännischen Grundsätzen für Risiken, die in einzelnen Ausleihungen und Kreditgewährungen liegen, erhebliche Rückstellungen erforderlich seien, die aus dem laufenden Geschäftsbetrieb nicht erübrigt werden könnten. Sie hat gebeten, ihr für diese Zwecke aus einem Guthaben der Finanzbehörde, das aus der Abwicklung der Neubausparhypotheken herührt und über das ohne Zustimmung der Lübeckischen Kreditanstalt zurzeit nicht verfügt werden kann, einen Betrag von 500 000 RM. zu überlassen.

Des Weiteren hat die Lübeckische Kreditanstalt darauf hingewiesen, daß über das angegebene Rückstellungsbedürfnis hinaus bei den Krediten, die in den Jahren 1925 und 1926 im Staatsinteresse der Lübeck Linie A.-G. und der Schiffswerft von Henry Koch A.-G. eingeräumt worden sind, erhebliche Risiken vorliegen, die heute auf etwa 700 000 RM. beziffert werden müßten. Da die Erhaltung der beiden genannten Unternehmungen im Interesse des Lübecker Wirtschaftslebens und insbesondere des hiesigen Hafens erstrebenswert sei, hat sie gebeten, sie seitens des Lübeckischen Staates hinsichtlich der in diesen Kreditgewährungen enthaltenen Risiken durch die Uebernahme einer entsprechenden Bürgerschaft zu entlasten.

Einem Antrage der Finanzbehörde folgend, stellt daher der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß die Finanzbehörde ermächtigt werde, 1. aus ihrem Guthaben bei der Lü-

beckischen Kreditanstalt dieser einen Betrag von 500 000 RM. für Rückstellungszwecke zu überlassen; 2. der Lübeckischen Kreditanstalt gegenüber die selbstschuldnerische Bürgerschaft für die Verpflichtung der Lübeck A.-G. und der Schiffswerft von Henry Koch A.-G. in Höchstbeträge von 700 000 RM. zu übernehmen.

Uebernahme der Bürgerschaft für eine von der Kaufmannschaft aufzunehmende Anleihe

Die Kaufmannschaft zu Lübeck, vertreten durch die Handelskammer, beabsichtigt, von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin ein langfristiges Darlehen in Höhe bis zu 120 000 RM. aufzunehmen, das als Betriebsfonds verwendet werden soll. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat die Gewährung des Darlehens u. a. davon abhängig gemacht, daß der Lübeckische Staat ihr gegenüber die selbstschuldnerische Bürgerschaft für das Darlehen übernimmt. Wie bekannt, besteht das Vermögen der Lübecker Kaufmannschaft zum erheblichen Teil in dem Lagerhaus auf der Wallhalbinsel und in den sonstigen 25 Warenschuppen am Hafen. Da diese Gebäude auf staatlichem Grund und Boden errichtet sind, ist ihre Belastung mit Hypotheken nicht möglich, sie können also für die Inanspruchnahme von Hypothekendarlehen nicht verpfändet werden. Die Finanzbehörde hat den Antrag der Handelskammer empfohlen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen, wobei er indessen von der bestimmten Erwartung ausgeht, daß die Handelskammer ihre Verwaltungszweige in jeder Beziehung für die Folge aufs sparsamste einrichten wird. Er stellt demnach zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, daß die Finanzbehörde ermächtigt werde, für ein von der Kaufmannschaft zu Lübeck bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin aufzunehmendes langfristiges Darlehen in Höhe bis zu 120 000 RM. die selbstschuldnerische Bürgerschaft zu übernehmen.

Der Senat teilt außerdem der Bürgerschaft mit: In ihrer Verammlung am 27. Juni 1932 hat die Bürgerschaft an den Senat das Ersuchen gerichtet, im Interesse der dauernd bedröhten friedliebenden Bevölkerung Lübecks das Uniformverbot für SA und SS. schnellstens neuerlich zu verfügen.

Im § 1 Abs. 2 der inzwischen erlassenen Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ist unzweideutig bestimmt, daß das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden darf und daß bestehende allgemeine Verbote dieser Art außer Kraft treten. Hiernach ist es den Ländern nicht mehr möglich, ein allgemeines Uniformverbot für die in Rede stehenden Organisationen zu erlassen. Der Senat vermag daher dem Ersuchen nicht zu entsprechen und gibt hiervon der Bürgerschaft Kenntnis.

Sozialdemokratische Partei

Am Donnerstag, 25. August, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Mitglieder-Versammlung

Es spricht Albert Schulz, M. d. R., Rostock
Zahlreicher Besuch wird erwartet
Der Vorstand



Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches

Die Zahl der Kraftfahrzeuge in Lübeck

(Mitgeteilt vom Statistischen Landesamt)

Die Erhebung der Kraftfahrzeuge, die jährlich am 1. Juli stattfindet, ergab in den letzten drei Jahren für Lübeck folgende Zahlen:

	1932	1931	1930
Personenkraftwagen	1 123	1 215	1 213
Lastkraftwagen	473	479	486
Krafttrader	1 425	1 447	1 375
Sonstige Kraftfahrzeuge	52	51	47
	3 073	3 192	3 121

Danach hat sich die Zahl der Kraftfahrzeuge in Lübeck im vorletzten Jahre nur noch um 71 vermehrt und im letzten um 119 verringert. Die Verkräftung der Verkehrsmittel ist also bei uns durch die Wirtschaftskrise völlig zum Stillstand gekommen.

Die Durchführung der Abwrackaktion

Reichsbeihilfe bis zu 12 Millionen Mark

Zum Abwracken von etwa 4 000 000 Brutto-Registertonnen veralteten Schiffsraumes hat sich die Reichsregierung bereits erklärt, im Rahmen des allgemeinen Arbeitsbeschaffungsprogramms einen Betrag bis zu 12 Millionen Mark als Beihilfe zu gewähren. Es ist vorgesehen, dem Reeder, der nachweist, daß ein ihm gehörendes Schiff verschrottet bzw. die Verschrottung desselben gesichert ist, einen Zuschuß bis zu 30 Mark für die Brutto-Registertonne zu zahlen.

Für die Gewährung des Zuschusses gelten u. a. folgende Bedingungen:

1. Die Schiffe müssen seit dem 1. Januar 1930 ununterbrochen in einem deutschen Seeschiffsregister eingetragen gewesen sein und im Eigentum des Antragstellers gestanden haben.
2. Es muß sich um Schiffe handeln, die vor dem 1. Januar 1913 vom Stapel gelaufen sind.
3. Die Schiffe sollen einen Bruttoranengehalt von 500 Tonnen oder darüber haben.
4. Das Abwracken der Schiffe muß auf einer deutschen Werft erfolgen.

Von den Bedingungen zu 2) und 3) kann der Reichsverkehrsminister Ausnahmen zulassen. Mit den von der Reichsregierung zu erlassenden Vorschriften über die Durchführung des Abwrackprogramms müssen sich die Reeder ausdrücklich einverstanden erklären.

Die Anträge auf Beteiligung an der Abwrackaktion sind an

den Verband deutscher Reeder e. V., Hamburg 1, Mönckebergstraße 27, bis spätestens den 10. September 1932 einzureichen. — Dies gilt auch für Reedereien, die dem genannten Verbande nicht angeschlossen sind.

Wadeanstalten Krähentisch und Falkendamm. Die Temperaturen betragen: Wasser 21 Grad, Luft 18 Grad.

Vom Wahnsinn dieser Welt

Gras

Von Walter Victor

Es gibt eine Redensart, in der spielt ein Kamel eine wenig rühmliche Rolle. Jedemal, sagt sie, wenn über eine Sache Gras gewachsen ist, kommt es und frisst es wieder weg.

Ich weiß nicht, ob Kamele Gras zu essen pflegen, aber ich weiß, daß Menschen zwar ab und zu in den Fehler verfallen, alte Wunden aufzureißen oder über Dinge zu reden, die man begraben sein lassen sollte, daß sie sich manchmal zwar wirklich wie Kamele benehmen, aber sicherlich andere Nahrung vorziehen und jeden für eine Idioten erklären würden, der ihnen zumutete, sich von Gras zu ernähren.

Nun hat ein englischer Hilfsausschuß, so wird berichtet, aus China die Nachricht bekommen, daß dort in gewissen, von Naturkatastrophen und allgemeiner Not betroffenen Gebieten die Einwohner, ungezählte Tausende, nur noch von Gras leben. Andere Lebensmittel gäbe es nicht. Die Leute hätten ihr Hab und Gut verloren und verkauft, das Letzte, was zu Geld zu machen ist, seien die Kinder, die man, die Knaben für sechs, die Mädchen für zehn chinesische Dollar veräußere.

Ob diese Nachricht stimmt, steht dahin. Es kommen oft sehr übertriebene Meldungen aus China. Aber es spricht zweierlei für die allgemeine Richtigkeit der von einem kirchlichen Hilfskomitee verbreiteten Meldung. Einmal ist der Kinderhandel tatsächlich noch heute in China an der Tagesordnung — man läßt die armen, schlecht ernährten Wesen in Textilbetrieben unermessliche Frondbienste leisten — zum andern ist es nicht wahrscheinlich, daß man sich eine so absurd erscheinende Darstellung wirklich erdacht haben könnte: Menschen, die vor Hunger und Erschöpfung selbst Gras essen, mag man der gewissenlosesten Reporter-Phantasie nicht zuschreiben.

Und also leben wir im rosigsten Licht der Selbstzufriedenheit, während in China Menschen, Menschen wie wir, ihre Kinder verkaufen und Gras essen.

Man muß es einmal hinschreiben. Ruhig, ganz nüchtern, in feiner schredlichen Brutalität.

Und muß sich fragen, ob wir in dieser Sache nicht werden sollten wie jene Kamele aus der Redensart. Denn über das Gras, von dem sich verhungernde Chinesen ernähren, darf kein Gras wachsen. Es blühe über jeder Sache, die Menschen zu verlesen vermag. Niemals über dem Hunger, der nicht nur in China zu Hause ist.

Niemals über Lastwagen wie dieser: an der französisch-spanischen Grenze werden 40 Eisenbahnwaggons mit spanischem Obst ins Meer geführt, weil sie nicht eingeführt werden durften. In China aber ist man Gras...

Heute

18. Distrikt (Frauengruppe Moisling). Heute abend 8 Uhr im Rassehaus: Mitgliederversammlung mit Gästen. Genosfin Dr. Linden spricht.

Rund um den Erdball

Emelka stellt Zahlungen ein

München, 25. August (Radio)

Die Münchener Lichtspielkunst A.-G. (Emelka) hat die Zahlungen eingestellt. Sie strebt zunächst ein außergerichtliches Vergleichsverfahren an.

Schweres Autobus-Unglück

Ein Fahrgast getötet — Drei in Lebensgefahr — Zwanzig Verletzte

Sachsenhausen, 25. August (Radio)

Ein schweres Autobusunglück ereignete sich bei Mals. Ein Württemberger Autobus aus Ravensburg mit 21 Fahrgästen wollte über den Reichenpass nach Meran. Auf der jäh abfallenden Straße bei St. Valentin versagte die Bremse. Der Wagenführer lenkte deshalb den Wagen gegen einen Baum, in der Erwartung, den sonst unvermeidbaren Sturz über die Straßengrabenkante aufzuhalten. Der Autobus knickte den starken Baum um und stürzte am Straßenrand um. Etwa 20 Fahrgäste wurden verletzt. Ein Fahrgast wurde getötet. Drei Schwerverletzte befinden sich in Lebensgefahr.

Eine Tänzerin verurteilt

Am Mittwoch wurde von der Verkehrskammer des Amtsgerichts Berlin-Mitte die Tänzerin Marianne Winkelstein wegen fahrlässiger Tötung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Zahlung einer Buße von 5000 Mark an die Staatskasse erhielt Marianne Winkelstein gleichzeitig eine Bewährungsfrist von drei Jahren zugebilligt. Das Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts.

Die Tänzerin war zu ihrer Moabiter Verhandlung extra per Flugzeug aus London, wo sie gegenwärtig auftritt, gekommen. Die Anklage legte ihr zur Last, daß sie am 16. März dieses Jahres in der Kantstraße in Berlin-Charlottenburg durch zu schnelles Autofahren den Tod des Oberingenieurs Oskar Rudloffs herbeigeführt hätte. Rudloff war durch den von Fräulein Winkelstein gesteuerten Wagen zu Boden gerissen worden und so unglücklich gefallen, daß er einen Schädelbruch davontrug. Die Angeklagte versuchte, unterstützt von Rechtsanwalt Brandt, zu beweisen, daß sie an dem Unglück unschuldig sei. Das Gericht folgte ihrer Darlegung nicht.

Marcellus Schiffer †

Der bekannte Berliner vierzigjährige Schriftsteller Marcellus Schiffer wurde am Mittwoch morgen in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hatte am Vorabend eine zu große Dosis Phosphor eingenommen. Die bisherigen Ermittlungen führen zu der Annahme, daß Schiffer nicht, wie zuerst vermutet, Selbstmord beging, sondern Opfer eines Unglücks wurde; sein durch übermäßigen Schlafmittelgenuß geschwächtes Herz vertrug nicht die Quantität Phosphor, die Schiffer ihm zumutete.

Der Verstorbene — seine Frau ist die bekannte Bühnenkünstlerin Margo Lion — hat sich in erster Linie einen Namen durch verschiedene von ihm textierte Revuen geschaffen. Er verfügte über Wis und literarischen Geschmak; man erwartete noch viel von ihm.

Europafieger in Paris

Paris, 25. August (Radio)

Alle noch am Europaflug beteiligten Piloten sind am Mittwoch abend gegen 8 Uhr in Paris eingetroffen. Im ganzen befinden sich noch 25 Flieger im Felde. Bis gestern galt noch immer als stärkster Konkurrent der Deutschen der Pole Zwicko. Freitag früh 6 Uhr findet in Paris der Start zur dritten und letzten Groß-Etappe Paris—Skandinavien—Berlin statt.

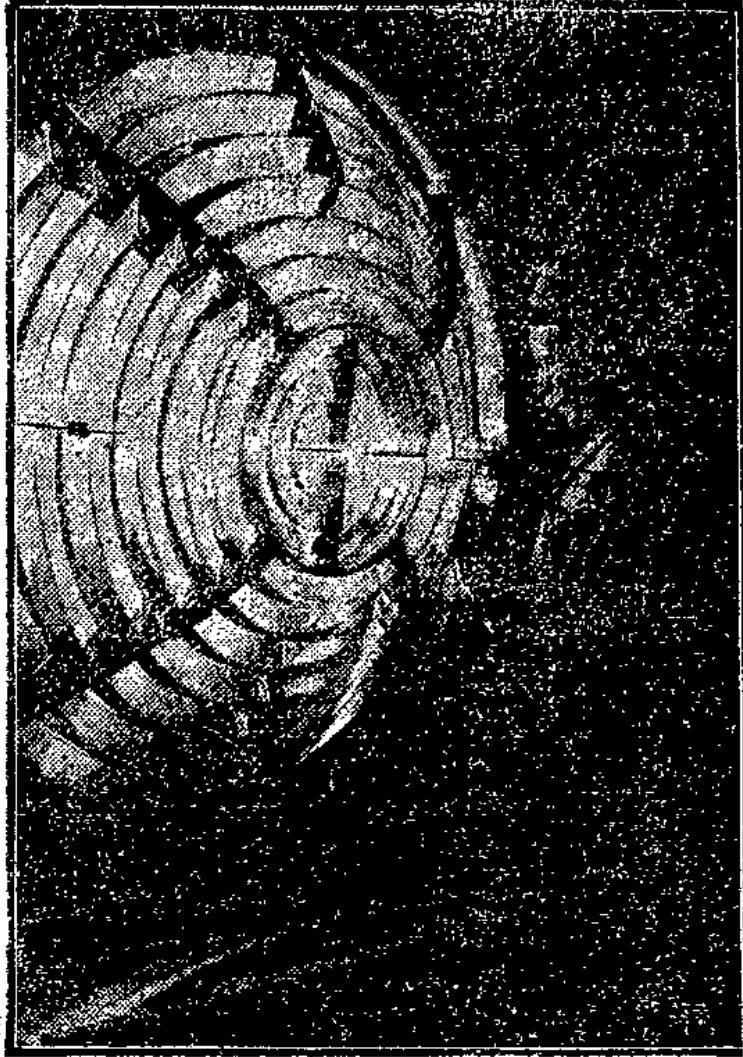
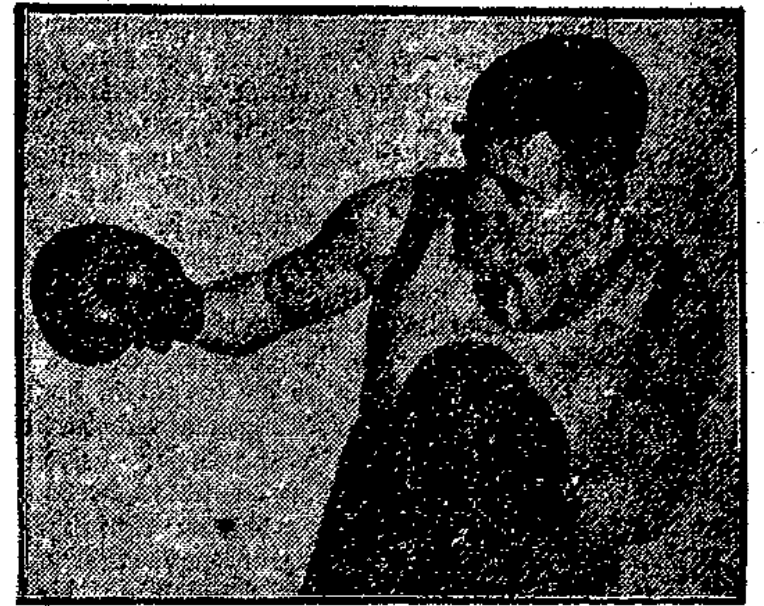
Expeditionsführer ertrunken

Wie aus Angmagalik auf Grönland gemeldet wird, ist der Führer einer englischen arktischen Expedition, der 25jährige S. G. Watkins, bei einem Kajakunfall auf der Seejagd ertrunken. Watkins war im vergangenen Monat mit einer amerikanisch-englischen Expedition von London aufgebrochen, um die Möglichkeiten einer arktischen Flugverbindung zwischen Kanada und England zu erforschen. Watkins war bereits im Alter von 23 Jahren Führer einer englischen Expedition nach Grönland. Er wurde für seine dabei geleistete Forschungsarbeit mit der Grünbermedaille der englischen geographischen Gesellschaft ausgezeichnet. Im Alter von 20 Jahren unternahm er mit zwei Kameraden eine Expedition nach Labrador und im Alter von 19 Jahren hatte er bereits fast sämtliche Schweizer Berge — so den Montblanc dreimal — erklettert.



Heuser vor der Weltmeisterschaft?

Der Europameister im Halbschwergewicht, Adolf Heuser (rechts), ist nach Amerika abgefahren, um gegen Rosenbloom (links) zum Kampf um die Weltmeisterschaft anzutreten.



Deutschlands stärkstes Leuchfeuer

wird gegenwärtig am Ufer des Müggelsees bei Berlin ausprobiert. Das Reichsverkehrsministerium hat hier einen Versuchsturm errichten lassen, wo alle technischen Neuerungen erprobt werden, ehe sie an der Wasserkannte zur Sicherheit unserer Seefahrt verwendet werden. Unser Bild zeigt die gewaltige Prismenanordnung vor dem Leuchfeuer, durch die die enorme Lichtstärke der Versuchstation erzielt wird.

Abgestürzt

Die beiden norwegischen Ozeanflieger Solberg und Peterson sind in der Nähe von Darbys Harbour (Niacontia-Bucht) abgestürzt, jedoch mit leichten Verletzungen davongekommen. Ihr Flugzeug wurde schwer beschädigt. Darbys Harbour liegt etwa 100 Kilometer südwestlich von Harbour Grace.

Einfieler als Falschmünzer

In Selbach (Kreis Siegen) wurde von Beamten der Landjägeri Willenburg der in Mitteldeutschland weit bekannte Einfieler Reined unter dringendem Verdacht der Falschmünzerei verhaftet. Reined wohnte in einer schachtartigen Behausung; bisher glaubte man, daß er sich vom Verkauf von Ansichtskarten an Ausflügler ernährte, die sein romantisches Heim von nah und weit anlockte. Kürzlich konzertierte der Einfieler sogar auf selbst verfertigten Musikinstrumenten mit gutem Erfolg im Westdeutschen Rundfunk.

In Wahrheit führte Reined ein Doppelleben. Die Landjäger beschlagnahmten umfangreiches Material, das zur Herstellung von falschen Zwei- und Fünf-Mark-Stücken gebient hat. Seine Helfer werden noch gesucht.

Werftbrand in Dänemark

Kopenhagen, 24. August.

Auf der Schiffswerft in Nakskov wütet ein großer Brand. Ein 14 000 Tonnen großes Motortankschiff ist bereits teilweise zerstört. Man schätzt, daß bisher ein Schaden in Höhe von über einer Million Kronen angerichtet wurde.

Operettendiva verhungert

Budapest, 24. August

Die ungarische Operettendiva Zuci Labas, eine gefeierte Schönheit, ist plötzlich gestorben. Man glaubte zunächst an einen Selbstmord etwa aus Aerger darüber, daß ein Engagementsvertrag nicht perfekt geworden war. Jedoch war die Lösung des Rätsels noch sensationeller. Die Künstlerin, die überhaupt nicht an Ueberfülle litt, ist einer Abmagerungskur, die ihr Herz angriff, zum Opfer gefallen. Zuci Labas war erst 34 Jahre alt. Seit einem Jahr war sie mit dem Arzt und Opernsänger Dr. Nikolaus Szedö, der den Rundfunkhörern durch seinen Vortrag ungarischer Lieder bekannt ist, vermahlt.

„Haarglanz“ adstringiert das Haar, d.h. er zieht das

vom Waschen aufgequollene Haar schnell wieder zusammen, sodaß es glatt und fein, straff und elastisch wird. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die aufhellende Spezial-Sorte!



Familienflug über den Ozean

Der amerikanische Fliegeroberst George Sutcliffson will in den nächsten Tagen mit seiner Familie — die wir hier zeigen — sowie vier Mann Besatzung von Newyork über Kanada, Labrador, Grönland und Island nach London fliegen. Wie man aus der Flugstrecke ersieht, wird er also denselben Weg nehmen, den Wolfgang von Gronau bei seinen erfolgreichen Ozeanflügen gewählt hat.

Frauenrevolte im belgischen Kohlenrevier

Brüssel, 22. August (Fig. Ver.)

Die Mutter von zwei zum Tode verurteilten Negerburken, die am Montag in dem Dorf Gilly bei Charleroi im Volkshaus in einer Versammlung der Bergarbeiterfrauen sprechen sollte, wurde bei ihrer Ankunft in Gilly verhaftet. Gilly ist die einzige Gemeinde in Belgien, in der sich das Volkshaus in den Händen der Kommunisten befindet. Bei der Ueberführung der Negerin zur Polizeiwache versuchten Hunderte von Frauen die Festgenommene und ihren Dolmetscher zu befreien. Drei Bergarbeiterfrauen, die sich besonders scharf für ihre Freilassung einsetzten, wurden verhaftet. Die Negerin, die ohne Einreiseerlaubnis nach Belgien gekommen war, dürfte wieder über die Grenze geschafft werden.

Opfer des Matterhorns

Drei Studenten aus Sitten (Schweiz) sind am Matterhorn 1500 Meter tief abgestürzt. Alle drei verunglückten tödlich.



Rekordflug Seidemanns im Europa-Rundflug

Der deutsche Flieger Seidemann hat beim Europa-Rundflug eine glänzende Leistung vollbracht: er durchflog die Groß-Etappe Rom—Paris mit einer Entfernung von 2460 Kilometern an einem Tage mit einem Stundenchnitt von 235 Kilometern. Unser Bild zeigt den erfolgreichen Piloten (links), bei der Begrüßung durch Baron Marschall von der deutschen Botschaft in Rom.



Neue Feuerwehrlhelme

Die schweren Lederhelme, die bisher von den Feuerwehrlenten bei ihrer heißen Arbeit getragen wurden (links), sollen einem leichteren Kopfschutz Platz machen: der neue Helm (rechts) ist aus Vulkanfiber, einem gepressten Faserstoff, hergestellt, wiegt nur einen Bruchteil des alten Modells und soll durch seine bessere Anpassung an die Kopfform einen größeren Schutz bieten.

Opfer des neuen Systems

Gumbel zur Strecke gebracht

Dem Entlarver der Fememörder würde die Lehrberechtigung entzogen!

Das badische Kultusministerium hat auf Antrag der philosophischen Fakultät und des engeren Senats der Universität Heidelberg dem außerordentlichen Professor Gumbel die Lehrberechtigung entzogen.

Verschiedene Äußerungen politischer Natur, in ihrer Formulierung nicht immer glücklich gewählt, gruben ihm das Grab, an dem die Reaktion schon lange schaukelte. Sagte doch erst in einer Rundgebung kurz vor den Reichstagswahlen der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Rupp: „Wie auch Rektor und Fakultät entscheiden mögen — wir werden nachhaken, falls sie etwas verschämen sollten. Sorgen Sie dafür, daß am 31. Juli der Grundstein für den deutschen Staat gelegt wird, in dem Gumbel und Konsorten unmöglich sind. Geschieht das, dann kann Gumbel am 1. oder 2. August beerdigt werden.“ Die Nazis konnten nicht die Diktatur, die sie sich erträumten, errichten — Gumbel soll trotzdem „beerdigt“ werden, falls nicht noch die Entschädigung durch das Badische Staatsministerium abgeändert wird.

Professor Gumbel gilt als erste Kraft auf dem Gebiet der mathematischen Statistik. Vor kurzem erst erhielt er eine Einladung zu Vorträgen nach Amerika; anschließend wird er sechs Gastvorstellungen an der Pariser Sorbonne halten.

Auch der Untersuchungsausschuß der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg erkennt an: „Zweifellos hat Professor Gumbel wissenschaftliche Qualitäten und wissenschaftliches Interesse. Der Wert seiner wissenschaftlichen Leistungen ist weithin anerkannt und wird auch seitens des Ausschusses in keiner Weise bezweifelt.“

Aber Gumbel hat sich politisch mißlieblich gemacht. Er soll nach Aussage dreier nationalsozialistischer Studenten in einer geschlossenen Versammlung der sozialistischen Studentenschaft am 27. Mai eine auch nach dem Ergebnis der Untersuchungen nicht mehr im Wortlaut feststellbare Gegenüberstellung von „leichtbeleideter Jungfrau“ und „Kohlrübe“ bezüglich eines Kriegerdemals gemacht haben. Nur so viel wurde festgestellt, daß die Worte als solche gefallen sind. Die Verbindung konnte nicht mehr rekonstruiert werden. Die Sozialisten haben bekundet, diese Äußerung nicht beachtet zu haben; die Nationalsozialisten behaupten, daß sie diese Äußerung, sofort nachdem sie gefallen war, notiert hätten. Gumbel selbst erklärt, daß er gemeint habe, in der Zeit des Krieges, die er im Gegensatz zu den Lobpreisen des Krieges von heute als Soldat mitgemacht hat, sei der Hunger zu dem schließlich alles überragenden Gefühl geworden und deswegen wäre die Kohlrübe, das Hauptnahrungsmittel dieser Zeit, sozusagen das Symbol und Denk-Mal des Krieges. Während die damalige Zeit den Krieg in seiner Schauerhaftigkeit erkannte, während namentlich die Soldaten von ihm in durchaus respektvoller Weise sprachen, versuche die spätere Zeit seinen furchterlichen Ernst zu vermindern und ihn, auch durch Denkmäler, zu verklären.

Bei dem Antrag des Untersuchungsausschusses, dem sich der Senat angeschlossen, stützte man sich auch auf die

angebliche Äußerung Gumbels aus dem Jahre 1924 vom „Feld der Aehren“, auf dem die Opfer des Weltkrieges gefallen seien.

Der radikale Pazifist Gumbel sprach damals in einer Kriegsschädigtenversammlung. Von denen, an die die Worte gerichtet waren, dürfte keiner ihren Sinn mißverstanden haben: Gumbel wollte den Krieg an sich als etwas Unehrenhaftes diffamieren, weil nicht die Völker, sondern die Drahtzieher hinter den Kulissen für ihn verantwortlich seien. Jene chauvinistische Bösartigkeit freilich, die heute in den Nazis ihren vollkommensten Ausdruck findet, bemühte sich, Gumbels Formulierung gründlich mißzuverstehen.



Professor Gumbel

Gumbel ist den Finsterlingen aber vor allem auch als Kämpfer gegen die Fememörder verhasst. Seine Bücher „Zwei Jahre Nord“, „Vier Jahre Nord“ und „Verräter verfallen der Feme“ enthüllten schonungslos vor aller Öffentlichkeit jene schauerliche blutige Wahrheit, die aus Deutschland ein Nordland machte. Weil Gumbel die nationalsozialistische Bewegung und ihre Vorkämpfer schon im Jahre 1920 als das erkannte und brandmarkte, was sie ist und als was sie jetzt erst wieder der Blutmord von Potsdamp enthüllte: als eine Organisation, die sich schlingend vor Mordmördern stellt — deshalb galt ihr der abgrundtiefe Haß der Nazis.

Daß das badische Kultusministerium sich dem Antrag der Professorenenschaft und der nationalsozialistischen Meute beugte, ist nur ein Zeichen mehr dafür, wie stark das Bürgertum bereits in seinen eigenen Ansichten durch die nationalsozialistische Agitation sich hat erschüttern lassen.

Aus der Nordwestdeutschen Wohlfahrtsstatistik

Die Aufwendungen in den verschiedenen Städten — Sehr große Unterschiede — Interessante Zahlen über Wohnungsnot, Kranken- und Pflegeanstalten u. a. m.

Die Nordwestdeutsche Wohlfahrtsstatistik, der fast alle wichtigen Städte Nordwestdeutschlands angeschlossen sind, gibt immer einen sehr lehrreichen und beachtenswerten Überblick über die in den einzelnen Städten für Wohlfahrtszwecke zu leistenden Zuschüsse.

Soeben liegen die Ergebnisse für Juni vor. Je Einwohner hatte Hamburg mit 18,75 RM den größten Zuschuß zu leisten; es folgen Wandsbek mit 14,51 RM, Magdeburg mit 13,95 RM, Hannover mit 13,69 RM, Braunschweig mit 12,77 RM, Lübeck mit 12,46 RM, Altona mit 12,28 RM, Flensburg mit 11,75 RM, Stettin mit 11,39 RM, Sildeheim mit 10,28 RM, Harburg-Wilhelmsburg mit 10,10 RM, Lüneburg mit 9,94 RM, Neumünster mit 9,88 RM, Oldenburg mit 9,57 RM, Bremen mit 9,39 RM, Kiel mit 9,32 RM, Wesermünde mit 9,04 RM, Rostock mit 8,92 RM, Osnabrück mit 8,09 RM, Göttingen mit 7,32 RM, Rüstingen mit 7,10 RM, Straßund mit 6,82 RM und Goslar mit 5,52 RM.

Sehr interessant sind die Angaben der verschiedenen Städte über die durchschnittliche Monatsmiete für eine Zweizimmer-Wohnung (einschl. aller Nebenabgaben). Da ergeben sich ganz erstaunliche Unterschiede. Die teuerste Miete meldet Stettin mit 37,95 RM. Dann folgen Kiel mit 35,81 RM, Hamburg mit 35,40 RM, Bremen mit 34,50 RM, Wandsbek mit 34 RM, Harburg-Wilhelmsburg mit 33,50 RM, Hannover mit 33,40 RM, Altona mit 31,13 RM, Wesermünde mit 28 RM, Rüstingen mit 27,50—30,80 RM, Göttingen mit 25,52 RM, Flensburg mit 25,20 RM, Neumünster mit 25 RM, Lübeck mit 24,97 RM, Lüneburg mit 22,27 RM, Magdeburg mit 22,21 RM, Sildeheim und Braunschweig mit 22 RM, Osnabrück mit 21,80 RM, Rostock mit 20 RM, Oldenburg mit 19,89 RM, Goslar mit 15—25 RM und Straßund mit 10—18 RM.

Der Mindestallmententensatz für ein uneheliches Kind schwankt in den einzelnen Städten zwischen 36 RM (Altona) und 24 RM (Lüneburg). Der Versorgungssatz in der untersten Klasse des größten städtischen Krankenhauses wird am höchsten angegeben von Hamburg, Altona und Wandsbek mit 6,80 RM, am niedrigsten von Göttingen mit 3,75 RM. Bei den sonstigen Krankenhäusern sind die Versorgungssätze zum Teil noch niedriger: Oldenburg 3,60 RM, Magdeburg 3,55 RM und Göttingen 3,50 RM.

Nazi-Polizeikommandeur gibt neuen „Erlaß“ heraus

Nur Nazis dürfen Polizeibeamte sein!

Schwerin, 24. August (Fig. Bericht)

Der neue nationalsozialistische Kommandeur der mecklenburgischen Ordnungspolizei Major a. D. Heydemann bringt sich alle Augenblicke durch Erlasse, die er im nationalsozialistischen Parteiorgan veröffentlicht, in empfehlende Erinnerung. Am Mittwochabend gab er wieder einen neuen Erlaß heraus, der einseitig nationalsozialistischen Geist atmet. In diesem Erlaß heißt es:

„In Auslegung eines Paragraphen des Ordnungspolizeibeamtengesetzes wird darauf hingewiesen, daß die Bekundung von Vaterlandsliebe, von positiver Einstellung zur nationalen Volksgemeinschaft, das Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit, sowie die Ausprägung und Förderung des höchsten Ehrgefühls und deutschen Freiheitsgedankens als höchstes Gut des Volkes nicht als parteipolitische Betätigung und Agitation betrachtet werden kann. Vielmehr wird von jedem Polizeibeamten, insbesondere aber von den Führern erwartet, daß sie sich für die bezeichneten nationalen Gedanken mit ganzer Kraft einsetzen, damit sie Gemeingut der Ordnungspolizei und darüber hinaus des ganzen Volkes werden. Polizeibeamte, die in diesem Sinne wirken und bereits gewirkt haben, verdienen die besondere dienstliche Anerkennung. Polizeibeamte aber, die entgegengegesetzt tätig sind und dieses Streben nach Einigung, Freiheit und Wehrhaftigkeit in nationalen und vaterländischen Sinne bekämpfen, verletzen damit das ureigenste Gut des deutschen Volkes. Sie betätigen sich parteipolitisch und begehen damit einen schweren Verstoß gegen § 4 des Gesetzes über die Ordnungspolizei. Gegen solche Beamte wird bei gleichzeitiger Meldung an den Leiter der Ordnungspolizei unter Heranziehung des § 22 des Gesetzes über die Ordnungspolizei unmissverständlich eingeschritten.“

Wenn man weiß, was die Nationalsozialisten unter diesen in dem Erlaß vorkommenden schwammigen Begriffen, wie „höchstes Ehrgefühl“ und „deutscher Freiheitsgedanke“, verstehen kann man sich ungefähr vorstellen, was der nationalsozialistische Kommandeur mit allen denjenigen Ordnungspolizeibeamten vorhat, die nicht das nationalsozialistische Parteibuch in der Tasche haben. Der Zweck dieses Erlasses ist einzig und allein den noch republikanisch denkenden Ordnungspolizeibeamten das weitere Verbleiben innerhalb der Polizei zu verwehren. Anstrengungen nach dieser Richtung sind auch von den Vorkämpfern, die in der mecklenburgischen Polizei nicht knapp sind, schon wiederholt gemacht worden. Man wird also jetzt Maßnahmen gegen republikanischer Polizeibeamte als selbstverständlich ansehen.

Provinz Lübeck

Ratkau. Mitgliederversammlung der SPD Ortsverein Ratkau, am Sonnabend, dem 27. August, abends 8 Uhr, im Lokale des Gen. S. Kopp, Ratkau. Tagesordnung: Stellungnahme zu der am 20. Oktober stattfindenden Gemeinderatswahl. Genossinnen und Genossen, erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung.

Stollsdorf. SPD-Frauentruppe. Am Donnerstag, dem 25. August, Abends der Arbeiter-Wohlfahrt in der Stollsdorfer Schule, abends 7.30 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Geerß. SPD-Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, dem 27. August, 8 Uhr abends, im Lokale des Genossen Wolf. Tagesordnung: Unsere Gemeinderatswahl. Vorstandsmittagessen 7 1/2 Uhr. Am zahlreichsten Besuch wird gebeten.

400 000 Mark unterzlagen!

Schwere Veruntreuungen bei der Webwaren-Einkaufs-Gesellschaft

Hamburg, 24. August

Amtlich wird mitgeteilt:

Nachdem die Unterzlagungen des früheren Geschäftsführers Ros bei der Webwaren-Einkaufsgesellschaft aufgedeckt worden waren, hatte der Senat das Rechnungsamt mit der Prüfung des gesamten Betriebes der Webwaren-Einkaufsgesellschaft beauftragt. Diese Prüfung, die vor einigen Tagen abgeschlossen worden ist, hat ergeben, daß die von Ros veruntreute Summe etwa 400 000 Reichsmark beträgt. Der Senat hat nunmehr einen Senatskommissar mit der weiteren Untersuchung beauftragt und angeordnet, daß der jetzige alleinige Geschäftsführer der Webwaren-Einkaufsgesellschaft vorerst suspendiert wird.

Zuhälter erschoten

Bremen, 24. August

Ein aus der Strafanstalt Vehta entlassener Zuhälter wurde in der Wohnung einer Prostituierten von deren Verlobten, einem Seemann, erschoten. Der Täter stellte sich selbst der Polizei.

Nazi-Sabotage bei Steinburg

Heide, 24. August

In Verfolg eines Gerichtsbeschlusses ließ ein Heider Geschäftsmann in Delve durch den zuständigen Gerichtsvollzieher und einen Landjäger einen Trecker sicherstellen. Es gelang dem Beamten, den Trecker, der als Antrieb für eine Dreschmaschine diente, nach Wesselburen in Marsch zu setzen. Der Führer und der Sohn des Heider Geschäftsmannes wurden unterwegs von etwa 20 Personen umringt und mißhandelt. Der Trecker wurde ihnen abgenommen und nach Delve zurückgeführt.

Kraftwagen fährt in einen Zigeunertrupp

Elmsborn, 24. August

Am Montagabend wurde ein etwa 25 Personen starker Zigeunertrupp, der zehn große und kleine Bären mit sich führte, und in Elmsborn durch aufdringliches Betteln lästig geworden war, von Landjägern nach Pinneberg geleitet. Als der Trupp sich kurz vor der Ortschaft Oha befand, kam ihm ein Elmsborner Kraftwagen in schneller Fahrt entgegen. Der Wagen fuhr in den Zigeunertrupp hinein. Zwei Zigeuner wurden verletzt. Von den Bären wurde einer getötet und zwei andere schwer verletzt. Der Kraftwagen hatte sich überschlagen, doch war der Führer ohne Verletzungen davongekommen.

Nachtragsanfrage gegen Lahusen

Bremen, 24. August

Wie erinnerlich, wurde vor einigen Wochen von der Staatsanwaltschaft Bremen die Voruntersuchung gegen die Gebrüder Lahusen eröffnet. Auf Grund dieser Voruntersuchung ist jetzt von der Staatsanwaltschaft eine umfangreiche Nachtrags-Anfrage gegen die Gebrüder Lahusen erhoben worden. Der wichtigste Punkt dieser Anfrage betrifft den Angeklagten vor, in den Jahren 1926 bis 1931 17 bis 18 Millionen Reichsmark für sich unzulässigerweise zu Lasten der Gesellschaft entnommen zu haben, während sich der übrige Teil der Anlage mit weiteren betrügerischen Handlungen befaßt, die zum Schaden der Gesellschaft begangen sein sollen.

Nazimörder vor Sondergericht

Heide, 24. August

Im Heider Amtsgericht begann Dienstag die Verhandlung des Flensburger Sondergerichts gegen den Nationalsozialisten Albert Rurdezi aus Wesselburen, dem von der Anlage zur Last gelegt wird, am 8. Mai im Verlauf einer politischen Auseinandersetzung den Arbeiter Wiese durch einen Schuß tödlich verletzt zu haben. Da bisher 70 Zeugen geladen sind, ist mit einer Verhandlungsdauer von mehreren Tagen zu rechnen.

Spinale Kinderlähmung in Mecklenburg-Strelitz

Neustrelitz, 24. August

Wie aus Neustrelitz gemeldet wird, sind in den Orten Feldberg, Strelitz-Alt und Grammertin sechs Fälle spinaler Kinderlähmung vorgekommen. Zwei Kinder, die schwer erkrankt in das Karolinenstift in Neustrelitz eingeliefert wurden, sind bereits gestorben. Vom Ministerium des Innern in Neustrelitz sind alle Vorkehrungen getroffen worden, um einer weiteren Verbreitung dieser gefährlichen Krankheit vorzubeugen.

Drögen die (Gemeinde Malente). Die Ernte ist in dieser Gegend so gut wie beendet, kaum sieht man noch Korn auf dem Felde. Es ist wohl in den letzten Jahrzehnten niemals vorgekommen, daß das Korn so zeitig unter Dach gebracht wurde. Bei dem fast gleichzeitigen Reifen des ganzen Getreides drängte sich die Arbeit in den letzten Wochen zusammen und es herrschte Hochbetrieb. Dabei ist die Ernte sehr gut; das sei gleich gesagt gegen alle Verkleinerungsversuche, die ja aus durchsichtigen Gründen hinterher stets einsehen. Die zeitige Ernte hat aber auch ihre Reize: die vielen Arbeiter, die sonst bis weit in den September hinein ihre Arbeit fanden, sehen jetzt bereits ihre Tätigkeit beendet. Das Brot der Armen, die Kartoffel, ist natürlich durch die monatelange Dürre in ihrem Wachstum geschädigt, sehr feuchte Ländereien liefern diesmal die besten Erträge.

